

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1948

35 (8.9.1948)

Badisches VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 3 Nr. 35

Mannheim, 8. September 1948

Preis 15 Pfg.

Moskau — Berlin — Bonn

Kriegspartei verliert an Boden — Nur eine Stimme für Deutschland in Bonn
„Grenzregelungen“ als Tarnung für Annektionspläne

Das über die Moskauer Verhandlungen erwartete Kommuniqué ist ausgeblieben. Die Unterhändler der vier Mächte beraten weiter. Inzwischen sind Viermächtebesprechungen in Berlin über Berlin Tatsache geworden. Die vier Militärgouverneure Sokolowski, Clay, Robertson und Koenig halten Sitzungen im Gebäude des Kontrollrates ab. Eine sichtbare Auswirkung der Moskauer Verhandlungen. Ueber die Einführung der Ostzonenwährung für ganz Berlin gibt es keinen Zweifel mehr. Die Berliner Besprechungen haben diesen Gegenstand zur Behandlung. Es ist mit ihm eng verbunden die Frage des Abbaues der Maßnahmen des „kalten Krieges“. Die Besprechungen der Militärgouverneure in Berlin bedeuten aber nicht die Wiederaufhebung des Kontrollrates. Offenbar hat man sowjetischerseits nicht den Willen dazu, solange die Politik der westlichen Alliierten in Westdeutschland sich auf dem Boden des Bruches der internationalen Abkommen von Jalta und Potsdam bewegt. Schließlich ist die Schaffung von Klarheit über diesen Punkt das Ziel der Moskauer Verhandlungen. Für Berlin ist inzwischen, ohne daß diese Frage ihre letzte Klärung gefunden hat, ein Modus Vivendi geschaffen worden.

Die sich anbahnende Verständigung in Moskau, die in der werdenden Berliner Regelung ihren unverkennbaren Ausdruck findet, wird in den Kreisen der Kriegspartei des In- und Auslandes als eine „Drohung“ empfunden. Schüchterne Anzeichen einer Verständigung, erste Schritte auf dem Wege zum Frieden, erfüllen die „Herren der starken Worte“ mit Entsetzen.

In Bonn ist der parlamentarische Rat zusammengetreten. Es ist das Gremium ohne Volksauftrag. Die „Londoner Empfehlungen“, das Diktat der westlichen Militärgouverneure, haben es geboren. Die Verfassung des westdeutschen Separatstaates soll in Bonn aus der Taufe gehoben werden. Der Verfassungsentwurf des Herrenchiemseers Geheimkonventikels soll dabei die Vorlage abgeben. Der westdeutsche Staat ist in ihm als „Bund deutscher Länder“ bezeichnet. Er sieht zwei Kammern, ein Unterhaus und ein Oberhaus, vor und hat übertriebenen Föderalismus zur Grundlage. Soziale Reformen, Bodenreform und die Erneuerung der deutschen Wirtschaft durch die Entmachtung der Monopole, haben in ihm keinen Raum.

Das Separatparlament in Bonn ist in seiner CDU- und SPD-Mehrheit willens, eine Verfassung auszuarbeiten, ohne über das „Besatzungsstatut“ der Westmächte Klarheit zu haben. Zu den Londoner Empfehlungen und dem, was in Frankfurt nur zum Teil offenbar geworden ist, gehört aber die „unbegrenzte internationale Ruhrkontrolle“, die zeitlich und machtmäßig uneingeschränkten Rechte der Alliierten, Schlüsselgebiete besetzt zu halten und ebenso das Wirken einer Dreimächtekontrollbehörde ohne Begrenzung. Die Bonner „Verfassungsschöpfer“ reden von einem „Provisorium“, denn für die Ostzone fehlt der Platz im „Bund deutscher Länder“. Die Ostzone ist deutsches Land und seine Bevölkerung sind Deutsche. Praktisch hat man sie abgeschrieben, auch dann, wenn, wie so oft die Befügung erscheint, die uns — mit Hitler angefangen bis auf den heutigen Tag — als Beschönigungsformel bei der Schaffung von Tatsachen, die unter Bruch internationalen Rechtes erfolgen, vorgeschützt wird. Es verlaute wieder einmal: „Der Beitritt steht offen.“

Max Reimann, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands, hat im Parlamentarischen Rat in Bonn als einziger seine Stimme nicht für die Interessen von Besatzungsmächten, sondern für Deutschland erhoben. Im Namen des deutschen Volkes forderte er, daß das Bonner Separatparlament nach Hause geschickt wird, denn jede separatistische Tätigkeit stört die sich anbahnende Verständigung zwischen den Großmächten und ist Hilfsdienst für die Kriegshetzer.

Der Ländergrenzausschuß hat sich aufgelöst. Von seinem ursprünglichen

Aufgabenbereich hat er nur eine Frage zum Abschluß gebracht. Die Zusammenlegung der drei Länder Württemberg-Baden, Südwürttemberg-Hohenzollern und Südbaden ist abgemachte Sache. Der Länderausschuß hat damit einen Stein ins Rollen gebracht. Wenn der Länderausschuß sich auflöste, mag es ebensowohl Furcht vor den Folgen, wie Spekulation sein, daß der Stein selbsttätig oder mit Nachhilfe der Besatzungsmacht weiterrollen wird. Der Fluch der bösen Tat des Ländergrenzausschusses bleibt bestehen, denn die (Fortsetzung auf Seite 2)

Parlamentarischer Rat ohne Volksauftrag

KPD fordert Auflösung des Bonner Separatparlaments

Anlässlich des Zusammentritts des Parlamentarischen Rates in Bonn erklärt der Parteivorstand der Kommunistischen Partei Deutschlands folgendes:

Mit dem Zusammenritt des Parlamentarischen Rates, dem der Auftrag erteilt ist, den Entwurf einer westdeutschen Verfassung zu schaffen, soll die endgültige Zerreißung Deutschlands durch Deutsche vollzogen werden. Die Bildung des Parlamentarischen Rates erfolgte auf der Grundlage der Londoner Empfehlungen. Diese verstoßen gegen die völkerrechtlich bindenden Verträge von Jalta und Potsdam. Darin haben die vier Großmächte die Ausübung der staatsrechtlichen Souveränität in Deutschland mit der Verpflichtung übernommen, für die Errichtung eines einheitlichen demokratischen deutschen Staates zu sorgen und dann die Souveränität an das deutsche Volk zurückzugeben. Bis zu diesem Zeitpunkt könnten staatsrechtliche Veränderungen in Deutschland nur durch alle vier Großmächte gemeinsam vorgenommen werden.

Als die Londoner Empfehlungen bekannt wurden, haben maßgebliche Persönlichkeiten aller deutschen politischen Parteien gegen sie Stellung genommen. Nun aber lassen sich die Führer der bürgerlichen Parteien und der SPD vom kapitalistischen Westen her gleichschalten und befehlen sich, im Parlamentarischen Rat als Deutsche den entscheidenden Beitrag zur Schaffung eines westdeutschen Separatstaates zu liefern.

Streikdemonstrationen in Südbaden

Kundgebungen im ganzen Land gegen die hohen Preise, für Aufhebung des Lohnstops und Lohnerhöhung

Südbaden erlebte am Donnerstag der vergangenen Woche einen allgemeinen Proteststreik gegen die hohen Preise und niedrigen Löhne. Der Proteststreik stand unter der Führung der Gewerkschaften und führte an allen Orten des Landes zu großen Kundgebungen. Die Vertreter des Bundesvorstandes der Gewerkschaften überreichten während des Proteststreikes der Staatsregierung ihre Forderungen. Sie verlangten, „Maßnahmen zu ergreifen zur Unterbindung ungerechtfertigter Profitspannen in der Industrie, Neufestsetzung der Handelsspanne, Verkürzung des Weges der Ware vom Erzeuger zum Verbraucher, Großhandelserlaubnis an die Konsumentenschaft, Bildung von Kontrollausschüssen“. Die badische Staatsregierung hat im Prinzip die Vorschläge der Gewerkschaften anerkannt und wird eine Sitzung zusammen mit den Vertretern des Gewerkschaftsbundes abhalten, um die notwendigen Maßnahmen zu beraten. Sie hat sich ebenso bereit erklärt, die Forderungen

der Gewerkschaften auf Aufhebung des Lohnstops zu unterstützen.

In Freiburg beteiligten sich an der Protestkundgebung 8000, in Lörrach 3000, Rheinfelden über 2000, Bühl 800, Achern 1200, Kappelrodeck 400 Demonstranten. Große Kundgebungen fanden zu gleicher Zeit in Offenburg, Lahr, Bühlertal, Villingen und Triberg statt. Die Sprecher auf der Kundgebung kennzeichneten die durch den Frankfurter Wirtschaftsrat ausgelöste Preisentwicklung als verbrecherisch. „Die Währungsreform sei ein Raubzug, von dem jeder Raubritter aus dem Mittelalter noch lernen könnte.“ Deutlich wurde in den Reden zum Ausdruck gebracht, daß die Massendemonstrationen in Südbaden nur der Auftakt zu schärferen Maßnahmen sind, um die gerechten Forderungen auf Anpassung der Löhne an die hohen Preise zu erreichen.

Es wurde keinerlei Zweifel darüber gelassen, daß die Währungsreform mit ihren verheerenden sozialen Auswirkungen ein Teil des Marshallplanes darstelle.



Prof. Dr. Rudolf Agricola,

der letzte kommunistische Lizenzträger in der ganzen amerikanischen Besatzungszone. Er ist es nicht mehr, denn die amerikanische Militärregierung entzog ihm die Lizenz im Zuge der Auseinandersetzungen, über die wir im Innern des Blattes berichten.

Unsterbliche Opfer mahnen!

Von Paul Schreck, MdL.

In Deutschlands Geschichte vollzieht sich ein neuer Zeitabschnitt. Uebermächtige imperialistische Kräfte diktiert die Spaltung unseres Landes, um ihre eigenen Ziele und Interessen wahrzunehmen. Zerrissen in hilflose Einzelglieder ist unser Land und Volk dem Wüten profithungriger Kapitalisten ausgeliefert. Hunger und Entbehrungen, Massennot und Leiden aller Art sind schier unermesslich und kennen keine Grenzen.

Das werktätige Volk, durch den Kampf ums tägliche Brot restlos in Anspruch genommen, durch lügnerrische, demagogische Verhetzung in unendliche Verwirrungen geraten, findet sich nur langsam zusammen, um in machtvoller Einheit das Schicksal zu wenden. Ob Deutschland untergeht in kapitalistischer Barbarei oder aufsteigt zur sozialistischen Gesellschaftsordnung, das ist die große Schicksalsfrage, die wieder einmal dem werktätigen Volke gestellt wird.

Schon wiederholt stand Deutschland Volk vor dieser Frage, und bezahlte sein Nichtvermögen, sein Geschick in sozialistische Bahnen zu leiten, jeweils mit unendlichen Opfern in imperialistischen Katastrophen. In klarer Erkenntnis dieser zwingenden Lage hat die kommunistische Partei in dreißigjährigem Ringen sich bemüht, das arbeitende Volk zur Erkenntnis seiner Situation zu bringen und durch Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte die neue Zeit zu gestalten.

In Unterbaden und seinem Arbeiterzentrum Mannheim war dieser Wille alle Zeit lebendig und konnte auch vom Nazismus nie gebrochen werden. Dem Naziregime war dies wohl bewußt und so konzentrierte es seine Kräfte auf die Niederwerfung der revolutionären Widerstandsbewegung. Unter Führung der kommunistischen Partei organisierte diese Bewegung den Widerstand gegen Nazismus und Unterdrückung der Freiheit. Sie sammelte alle fortschrittlichen Menschen zum Kampfe gegen den völkermordenden Krieg und für ein freies sozialistisches Deutschland. Der Nazismus sah in dieser Freiheitsbewegung, deren Hirn und Herz die kommunistische Partei war, seinen Todfeind und verfolgte somit vom ersten Tage seines Machtantritts bis zur letzten Stunde seines Untergangs unsere Partei und ihre Träger mit allen erdenklichen grausamen Mitteln des Massenterrors.

Die Tore der Zuchthäuser schlossen sich für ungezählte Jahre hinter Legionen aufrechter Kämpfer für Recht und Freiheit; Konzentrationslager wuchsen wie Pilze aus der Erde und frasen Millionen Menschen, die den Glauben an den Sozialismus nicht verloren hatten und bereit waren, mit Gesundheit und Leben für ihre Sache einzustehen und das neue Völkermorden mit Einsatz ihrer ganzen Kraft schnell zu beenden.

Zahlreiche glühende Antifaschisten, denen es gelang, Deutschlands Grenze hinter sich zu lassen, stritten im fremden Lande in Wort und Schrift gegen den Ungeist des Hitlerismus oder kämpften in den internationalen Brigaden Spaniens gegen Hitlers Legion Condor.

Den schwierigsten Kampf aber mußten jene ausfechten, die innerhalb Deutschlands Grenzen, beargwöhnt von einer verhetzten Bevölkerung, tausendfach von der Gestapo bespitzelt, den unterirdischen Kampf gegen das Hitlerregime weiterführten. Nur tapferste

y.

Männer und Frauen, die die Gewißheit und Unabdingbarkeit des zukünftigen Sieges des Sozialismus in ihrem Herzen trugen, waren in der Lage, die Last dieses Kampfes auf sich zu nehmen. Im Schatten der Zuchthäuser und Konzentrationslager und der dort errichteten Galgen und Gasöfen, fortwährend von Henkern bedroht, wurde auch in unserem Lande von tapferen Frauen und Männern die Untergrundbewegung gegen den Faschismus organisiert und geleitet.

Die Lechleitergruppe in Mannheim führte diesen aussichtslos erscheinenden Kampf Woche um Woche, Jahr um Jahr. Mit Fabriken und Werkstätten eng verbunden, war die Widerstandsbewegung gegen den Zugriff der Gestapo lange nicht erreichbar. Die Massenstimmung gegen den Krieg wuchs unter der werktätigen Bevölkerung immer stärker an. Immer gewaltiger wurde der Wille, dem faschistischen Raubkriege ein Ende zu bereiten.

Durch einen Zufall gelang es der Gestapo, ihre Spürhunde auf die Spur der illegalen Kämpfer zu setzen. Massenverhaftungen setzten ein. Sie waren der Beginn grausamster Verfolgungen und Bluturteilen, die in der gesamten Welt Aufsehen erregten.

Unbeirrt standen die 19 antifaschistischen Kämpfer vor dem Tribunal des Blutgerichts und bekannten sich zu den Idealen des Sozialismus. Ungebeugt empfingen sie das Todesurteil und schritten mutig zum Schafott. Ein heroischer Abschnitt der revolutionären Mannheimer Arbeiterbewegung hatte damit einen vorläufigen Abschluß gefunden.

Die Henker des Volksgerichts haben in jener Zeit triumphiert. Sie glaubten, der sozialistischen Freiheitsbewegung den Todesstoß versetzt zu haben. Sie haben sich geirrt. Allen Terrormaßnahmen zum Trotz fanden sich erneut mutige Männer und Frauen zusammen, die aller Gefahr trotzend den Kampf für Frieden, Freiheit und Sozialismus immer und immer wieder aufnahmen. Ihr unermüdliches Wirken war nicht umsonst, es war ein Teil jener Kräfte, die den Hitlerstaat zur Kapitulation zwangen.

Das Hitlerreich brach zusammen. Die Richter und Henker haben sich dem Zugriff des Volkes entzogen und sind bis zum heutigen Tage nicht zur Verantwortung gezogen worden. Die neue deutsche Justiz in den Spruchkammern stellt sich zur Schande Deutschlands schützend vor die nazistischen Verbrecher, die ganze Erdteile im Blute ersäuft haben. Der Freispruch Schachts, der in seinen Reichsbanktresors mit den Goldzähnen von Millionen in den Kz. Ermordeter Geschäfte betrieb, ist ein Schlag gegen Recht und Gerechtigkeit; eine untüchtige Schande für Deutschland, aber auch ein flammendes Signal für alle Proletarier, die Kräfte nicht zu unterschätzen, die erneut Faschismus und Reaktion in unserem Lande errichten wollen.

Die Toten der Arbeiterklasse sind nicht umsonst gestorben. Die ungeheuren Verbrechen der Nazisten, das Meer von Blut und Tränen, Leiden und Massennot, das sie verursacht haben, werden gerächt werden. Durch die Einheit der Arbeiterklasse, errungen im täglichen Kampfe um Freiheit und Brot, werden die Kräfte heranwachsen, die das Ringen um Deutschland im Sinne des Fortschritts entscheiden.

Nicht Untergang in Barbarei, sondern Aufstieg zum Sozialismus, zur Macht und Herrlichkeit des schaffenden Volkes — das ist die Losung. Georg Lechleiter und seine Kameraden, diese tapferen Söhne der Arbeiterklasse, die in Mannheim ermordet wurden, mahnen uns alle, in unseren Anstrengungen nicht zu erlahmen, bis das Banner des Sozialismus über Deutschland errichtet ist.

Amerikanische Arbeiterpartei (ALP) unterstützt Wallace

(UP) Die amerikanische Arbeiterpartei in New York beschloß, zur Präsidentschaftswahl Henri A. Wallace zu unterstützen, weil er „der Erbe der politischen Linie von Franklin D. Roosevelt ist.“

Brünings Ratschläge

Der Besuch des dem deutschen Volke wohlbekanntesten Notverordnungskanzlers und Steigbügelhalters Hitlers, Brünning, in Westdeutschland wird sich, wie eine Dena-Meldung berichtet, in absehbarer Zeit auf die parteipolitische Entwicklung in Westdeutschland entscheidend auswirken. Als höchsten Ausfluß seiner transatlantischen Weisheit verkündete er, „daß ausgesprochene Arbeiterparteien von demokratischen Staaten abzulehnen seien.“

Kriegsverbrecher Schacht frei!

Ein Triumph der deutschen und internationalen Reaktion
Provokation und Beleidigung der demokratischen Kräfte

Die Berufungskammer hat Dr. Hjalmar Schacht als Entlasteter eingestuft. Schacht erfreut sich bereits der Freiheit. Die Freunde Dr. Schachts vollführten eine Freudenkundgebung im Verhandlungssaal der Spruchkammer, als dieses Schandurteil verkündet wurde. In Pressemeldungen wird dieser Akt als „Geburtsstunde der Reaktion“ bezeichnet. Die Reaktion in Westdeutschland ist zwar längst geboren, aber der Freispruch Dr. Schachts stellt gewiß einen Triumph der Reaktion in Deutschland und der Welt dar.

Die Stellungnahme des Parteisekretariates der KPD in Frankfurt a. M. bezeichnet den Entscheid der Spruchkammer als Provokation und Beleidigung. Sie läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig:

„Die Kommunistische Partei Deutschlands sieht in der Freisprechung des ehemaligen Reichsbankpräsidenten und Ministers der Naziregierung Dr. Hjalmar Schacht eine Provokation gegen die werktätige deutsche Bevölkerung und eine Beleidigung aller demokratischen Kräfte der Welt. Schachts Wirtschafts- und Finanzpolitik hat das Aufkommen des Faschismus in Deutschland vorbereitet und den zweiten Weltkrieg möglich gemacht.“

Die „Entlastung“ Dr. Hjalmar Schachts ist nach den Freisprüchen im IG-Farben-Prozeß und den milden Urteilen im Krupp-Prozeß ein weiterer Schritt auf dem Wege der Wiederaufrichtung der Herrschaft des deutschen Monopolkapitals, dem diesmal die Rolle zugeordnet wird, das deutsche Volk in

die Kriegspolitik des Weltimperialismus einzuspinnen.

Die Entscheidung der Spruchkammer im Falle Schacht bestätigt die schon seit langem von der KPD getroffene Feststellung, daß im Zuge der sogenannten „Entnazifizierung“ in den Westzonen die Kleinen gehängt und die Großen beschenkt wurden. Es wird die Aufgabe einer vom ausländischen Monopolkapital unabhängigen und unteilbaren demokratischen deutschen Republik sein, auch dieses Fehlurteil zu revidieren.“

Der Landesvorstand der Kommunistischen Partei Württemberg-Badens nahm in einer Erklärung zu dem Entlastungsurteil Dr. Schachts Stellung. Sie lautet: „Dr. Schacht entlastet! Es hört sich an, wie eine bitterböse Ironie! Unwillkürlich denkt man an Zehntausende, die nicht entlastet wurden und als Mitläufer und Irregeleitete nicht ein Tausendstel der Schuld Dr. Schachts auf sich geladen hatten. Sie leisten Sühne, Dr. Schacht aber ist frei!“

Die Entlastung Dr. Schachts ist ein Zeichen dafür, wo wir bereits wieder politisch in Westdeutschland stehen. Ungeachtet ihrer großen geschichtlichen und persönlichen Schuld ist das Entnazifizierungsgesetz den Kreisen des Finanz- und Schwerkapitals eine leicht übersteigbare Hürde geblieben. Schacht ist ein Beweis per excellence! Figuren wie Dr. Schacht haben im Stadium der Realisierung des Marshallplanes wieder ihr volles Gewicht bekommen. Die Wagschale der Gerech-

Pressefreiheit ohne Feigenblatt

Dem letzten kommunistischen Lizenzträger der US-Zone Lizenz entzogen

Im Anschluß an eine Kritik, die der bisherige Mitherausgeber der „Rhein-Neckar-Zeitung“, Prof. Dr. Rudolf Agricola, an Kündigungen antifaschistischer Mitarbeiter der Zeitung übte, wurde ihm am 2. September 1948 von der Militärregierung für Württemberg-Baden die Lizenz entzogen. Als Begründung wurde angeführt, Prof. Dr. Agricola, der zur Zeit eine Professur an der zeitungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Halle innehat, sei seinen Pflichten als Mitherausgeber nicht in ausreichendem Maße nachgekommen.

Demgegenüber muß festgestellt werden, daß Dr. Theodor Heuß, der ebenfalls Lizenzträger der „Rhein-Neckar-Zeitung“, aber kein Kommunist, sondern 1. Vorsitzender der DVP ist, in den Jahren 1945 und 1946 als Kultus-

minister von Württemberg-Baden ebenfalls keinen aktiven Anteil an der Gestaltung der „Rhein-Neckar-Zeitung“ genommen hat. Dr. Heuß blieb aber weiterhin Lizenzträger.

Mit dem Ausscheiden von Prof. Dr. Agricola, dem letzten der KPD angehörenden Lizenzträger in der „unparteilichen“ Lizenzpresse der US-Besatzungszone, wurde der letzte Anzeichen einer demokratischen Pressefreiheit in der US-Besatzungszone fallen gelassen. Um das jeder antifaschistischen Partei zustehende, auch von der amerikanischen Militärregierung verbriefte Recht auf Pressefreiheit wiederherzustellen, fordert die Kommunistische Partei Deutschlands nunmehr noch dringlicher als bisher die unverzügliche Zulassung von Parteizeitungen in der US-Besatzungszone.

Moskau — Berlin — Bonn

(Fortsetzung von Seite 1)

Vernunft in der Regelung und Zusammenlegung Württemberg-Badens wird mehr als Unvernunft, wenn man sie nicht nur unter dem „Gesichtspunkt der süddeutschen Länderecke“, sondern unter dem Gesamtdeutschland und seiner Zukunft betrachtet; wenn man vor allen Dingen nicht vergißt, was das Ziel der Länderneubildung in Westdeutschland gemäß den Londoner Empfehlungen ist. In diesen aber ist das letzte Ziel die Herauslösung des Ruhrgebietes aus dem deutschen Staatsverband, ganz gleich, wie seine künftige Gestaltung sein wird. Die „Vernunft“ in der Südwestecke ist nicht mehr und nicht weniger, wie das taktisch beste Beginnen, der gegen Deutschland gerichteten Zielsetzung gerecht zu werden.

Kurios bei dieser Angelegenheit ist der Protest gegen die Auflösung des Ländergrenzausschusses, der aus Mannheim kommt. Der Oberbürgermeister Mannheims ist der Initiator. Eine Lehre könnte in dieser Geschichte liegen. Wer sich auf das Gebiet der Gestaltung deutscher Länder begibt — es handelt sich in diesem Falle um die Schaffung der „Kurfürstentum“ — wird auf Glatteis geführt; denn es entscheiden dabei nicht die lokalen Gesichtspunkte, die noch so vernünftig sein können, sondern allein die, die aus den großen Absichten über die Zukunft Deutschlands resultieren. Die „großen Absichten“ in der Gestaltung des Weststaates diktieren die Besatzungs-

mächte. Die anglo-amerikanischen haben das Ruhrgebiet zum Ziel, Frankreich die Erweiterung seiner Einflusssphäre nach dem berühmten Vorbild des Saargebietes. Die französischen Wünsche scheinen inzwischen formuliert zu sein. Pfalz und Rheinessen gedenkt man das Saarstatut zu geben. Montabaur käme in diesem Plan zu Hessen und Koblenz und Trier zusammen mit Aachen, Köln und München-Gladbach sollen den neuen „Rheinstaat“ ergeben.

Wir sollten uns hüten, ein Einverständnis zu geben, daß überhaupt jongliert wird. Deutsche „dürfen“ und sollen ihr Einverständnis auf Aenderungen geben. Wie die Aenderungen ausschauen werden, bestimmen dann Deutsche nicht mehr, aber sie haben den Vorwand und den Schein der Legitimität für die geben, deren Interessen die Aenderung und Zerreißen Deutschlands erfordert, Umriss und künftige Gestalt Deutschlands müssen klar sein, die Voraussetzungen eines Friedensvertrages müssen festliegen; dann hat das deutsche Volk erst die Möglichkeit einer demokratischen Entscheidung und die Grundlage für den Bau seines Hauses. Darum muß heute der Kampf gehen. Wer das nicht sieht, sieht nicht, was Deutschland und dem deutschen Volk not tut. Von den Frankfurter und Bonner Separatpolitiker erwarten wir nicht diese Einsicht. Sie schöpfen ihr Wollen nicht aus dem, was deutsche Interessen verlangen. W. G.

tigkeit — auch die der Spruchkammer — wird davon zu Boden gedrückt!“

Im Jahre 1945 hatten die Alliierten erklärt: „Unser unabänderliches Ziel ist die Vernichtung des Militarismus und Nazismus.“ Von diesem Ziel scheinen die westlichen Alliierten inzwischen sehr weit abgekommen zu sein. Sie haben die Nachfolgerschaft Hitlers selbst angetreten. Der Kommunismus ist ihr Todfeind, dem gilt ihre Strategie, den zu treffen gilt ihr Tun und Lassen, und sind sie bereit, die Menschheit zum dritten Male der Katastrophe eines Weltkrieges auszusetzen. In dieser Situation konnte der große Meister der Kriegsfinanzierung und -rüstung nicht verurteilt werden. Die deutsche Spruchkammer in Stuttgart hat offenbar nicht den Notwendigkeiten des deutschen Volkes, einer Sicherung demokratischer Entwicklung und des Friedens, sondern den Bedürfnissen der deutschen und internationalen Reaktion entsprochen.

Die heutige Nöt in der Welt ist nicht allein die Auswirkung des 2. Weltkrieges. Sie ist ebenso erzwungen durch die Ausgaben für die neuerlichen Kriegsrüstungen. Die teuflischen Grundsätze Dr. Schachts hatten nicht nur Geltung im Hitlerdeutschland 1938 erklärte Dr. Schacht in einer Rede vor dem Wirtschaftsrat der Deutschen Akademie: „Je weniger konsumiert wird, umso mehr Arbeit kann für die Rüstung verwendet werden. Je weniger ich verbrauche, umso mehr spare ich, und je mehr ich spare, umso mehr kann ich für die Rüstung hineinbauen.“

Wer solche Grundsätze hat und nicht erst unter Beweis stellen muß, daß er sie auch zu praktizieren versteht, ist ein Zeitgenosse, der auf der Höhe und dessen Ansehen in den Hauptstädten der westlichen Welt in den Kreisen des Monopolkapitals nicht unbestritten ist. Die „Gerechtigkeit“ einer deutschen Spruchkammer ist von der Ausstrahlung dieser Tatsache nicht unberührt geblieben. y. m.

Mannheimer Gewerkschaftsbund protestiert gegen Freisprechung Schachts

(EB.) Gegen die Reinwaschung des Kassierers und Schatzmeisters des dritten Reiches, Dr. Hjalmar Schacht, hat der Ortsausschuß Mannheim des Gewerkschaftsbundes in seiner Sitzung vom 4. 9. eine Entschließung angenommen, in welcher der Bundesvorstand beauftragt wird, den maßgeblichen Stellen den Protest des Ortsausschusses gegen den Freispruch Schachts zu übermitteln und die Kassierung des Urteils zu verlangen.

Kurssturz der B-Mark

(EB.) Als unmittelbare Folge der Viermächteverhandlung über die bevorstehende Einführung der Ostmark als einzige Währung in ganz Berlin hat ein ungeheurer Kurssturz der D-Mark eingesetzt. In- und ausländische Schleher, die große Mengen B-Mark gehortet hatten, versuchen diese loszuwerden. Die Wechselstuben weigern sich, höhere Beträge als 10 Mark umzuwechseln, um den Kurs künstlich hochzuhalten. Teilweise haben sie ihre Tätigkeit eingestellt. Das Wechselverhältnis ist bis zu 1 zu 1,5 gesunken und der Zeitpunkt dürfte nicht fern sein, wo die B-Mark nicht einmal mehr im Verhältnis 1:1 eingelöst wird.

Pariser Arbeiterschaft verhindert Polizeieinbruch

(Rdfk.) 20 000 Pariser Werktätige verhinderten einen Anschlag gegen die Gewerkschaftsleitung der CDT. Mehrere tausend Polizisten mit Motorrädern und Automobilen riegelten das ganze Stadtviertel, in dem sich die Gewerkschaftsgebäude befinden, ab und wollten die Gewerkschaftsführung aus ihren Räumen vertreiben. Da die 20 000 Werktätigen, welche rasch herbeieilten, Häuser und Räume besetzten, mußte die Polizei unverrichteter Dinge wieder abziehen.

Eine Million New Yorker für Wallace

Nach einer Erhebung des Gallup-Instituts zur Erforschung der öffentlichen Meinung, welche noch vor Beginn des Wahlfeldzugs der Fortschrittspartei angestellt wurde, wird Henry Wallace in der Stadt New York eine Million Stimmen bei der Präsidentschaftswahl erhalten. Im Jahre 1944 wurden in New York insgesamt 3,3 Millionen Stimmen abgegeben.

Ein großer Verlust

Zum Tode A. A. Schdanows

Moskau. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) und der Ministerrat der Sowjetunion geben mit tiefer Trauer bekannt, daß am 31. August um 15.55 Uhr nach schwerer Krankheit die hervorragende Persönlichkeit der Kommunistischen Partei und des Sowjetstaates, Mitglied des Politbüros, des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Angehöriger des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Deputierter des Obersten Sowjets der UdSSR, Generaloberst Andre Alexandrowitsch Schdanow verschieden ist.

In der Mitteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (B.) und des Ministerrates heißt es: Der Tod des Genossen Schdanow, eines treuen Sohnes der Partei Lenins und Stalins, der sein ganzes Leben in den Dienst der erhobenen Ziele des Kommunismus stellte, ist ein äußerst schwerer Verlust für die Partei und das ganze sowjetische Volk. In der Person des Genossen Schdanow verlor die Partei einen hervorragenden marxistischsten Theoretiker, einen der talentiertesten Propagandisten der großen Idee Lenins und Stalins und einen der angesehensten Erbauer der Partei und des Sowjetstaates. Als treuer Führer und Mitkämpfer des Genossen Stalin hat sich Genosse Schdanow durch seine unermüdete Tätigkeit zum Wohle des sowjetischen Vaterlandes und durch seine aufopferungsvolle Treue zur Partei Lenins und Stalins die große Liebe unserer Partei und unserer Heimat erworben. Das Leben des Genossen Schdanow, der seine ganze feurige Energie dem Aufbau des Kommunismus widmete, wird den Werktätigen unserer großen sowjetischen Heimat ein Vorbild sein.

Das Vertrauen ist erschüttert!

Erklärung des Parteivorstandes der KPD zu den Demontagen in Südwestdeutschland

Frankfurt a. M. Die KPD legt gegen die mehr als drei Jahre nach Beendigung des Krieges in den Westzonen Deutschlands erneut angeordneten Demontagen entschiedenen Protest ein. Sie sieht in der Vernichtung des deutschen Kriegspotentials eine notwendige Maßnahme zur Sicherung des Friedens. Sie anerkennt ebenso sehr die Pflicht Deutschlands zur Wiedergutmachung gegenüber den durch Kriegseinwirkungen geschädigten Völkern.

Die Belassung und der Aufbau einer ausschließlich friedlichen Zwecken dienenden Volkswirtschaft bilden aber nicht nur die Voraussetzung dafür, daß sich das deutsche Volk durch Lieferungen aus der laufenden Produktion dieser sittlichen Pflicht entledigen kann, sondern sie sind auch unerlässlich für die Aufrechterhaltung seiner eigenen Lebensgrundlage. Die Demontage der württembergisch-badischen Fabriken, ganz besonders aber der schwarzwälder Uhrenindustrie, führt zur Vernichtung von Arbeitsplätzen und zum Ruin breiter Kreise der arbeitenden Bevölkerung. Sie zerstört die Grundlage einer für das Leben unseres Volkes wichtigen Exportindustrie.

Die Schwarzwälder Uhrenindustrie ist keine Kriegsproduktion, und diese Maßnahme kann deshalb nicht mit militärischen Sicherheitsgründen gerechtfertigt werden. Die Erklärung der englischen Fachzeitschrift „Jeweller and Metalworker“, in der die Zufriedenheit der englischen Uhrenindustriellen über das Herabdrücken der deutschen Uhrenindustrie auf 50 Prozent ihrer Vorkriegskapazität zum Ausdruck gebracht wird, bestätigt die von der KPD getroffene Feststellung, daß es dem westlichen Kapitalismus auf die unbeschränkte Beherrschung des Weltmarktes durch Ausschaltung deutscher Exportindustrien ankommt.

Das Vertrauen des deutschen Volkes in die Absichten der westlichen Alliierten auf ausschließliche Zerstörung der Rüstungsindustrie wird aber erschüttert, wenn ihm die friedlichen Erwerbs- und Lebensmöglichkeiten abgeschnitten werden. Kein Deutscher kann deshalb freiwillig seine Hand zu diesen Demontagen bieten.

Hatte der Rücktritt der beiden Landesregierungen von Württemberg-Hohenzollern und Südbaden zunächst den Anschein eines verantwortungsbewußten und ernstlichen Widerstandes, so erweist sich heute durch die Weiterführung der Regierungsgeschäfte dieser Schritt als Scheinprotest und Wahlmanöver, als Mittel, durch nationale Gebärden die eigene Verantwortlichkeit für die Niederlegung der deutschen Friedensproduktion zu verschleiern. Diese Regierungen und die hinter ihnen stehenden Parteien stimmten dem Marshallplan und der Bildung eines westdeutschen Separatstaates zu und können deshalb nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden.

Die Kommunistische Partei fordert im Namen aller Schaffenden den Abschluß eines Friedensvertrages für Gesamtdeutschland, der dem deutschen Volk mit der politischen und wirtschaftlichen Einheit auch Klarheit über seine Reparationsverpflichtungen und die Art ihrer Ableistung bringt, damit es mit Ruhe und Sicherheit der schweren Aufgabe seines Neuaufbaues nachgehen kann.

Er bezahlte Hitler

Fritz Thyssen, der Mann mit dem Raubvogelgesicht aus Mülheim an der Ruhr, sitzt in einem bequemen Sessel im Höhenluftkurort Königstein im Taunus vor einer deutschen Spruchkammer. Daß er die Nazis unterstützt hat, gibt er offen zu. Als Hitler ihm über den Kopf gewachsen ist, brach er mit ihm. Seine Flucht nach Argentinien glückte nicht und er mußte anstatt mit einer Rancho mit einem gutverschlossenen Quartier in Babelsberg vorlieb nehmen.

Jetzt kommt er mit einer Acht-Zylinder-Pullman-Limousine vor das Verhandlungslokal gefahren und folgt dann vier Stunden am Tage dem Gang der Dinge wie ein Spieler am Roulette.

Man spürt es, daß ihm die ganze Sache wie ein Spuk vorkommt, der ihm wenig Kummer bereitet. Als ein ehemaliger Minister von der demokratischen Linken als Zeuge erscheint, spreizt der alte Kampfhahn das Gefieder und apostrophiert ihn, wie in den Jahren, als er nicht nach seiner Pfeife tanzen wollte und es doch schließlich tun mußte. Er fühlt sich in diesem wunderschönen Kurort wohl, wie ein Fisch im Wasser und es ist Stadtgespräch, daß er den Abend mit gutem Essen und bestem Wein verbringt.

Ein Repräsentant der Ursachen des deutschen Unglücks sitzt in der Sommerfrische und verhöhnt vier Stunden am Tage die alte Weimarer Demokratie. Von dem neuen Gebilde, das sich in Westdeutschland angebahnt hat, weiß er wie wir, daß es seinen Nachfolgern und Freunden an Rhein und Ruhr Gelegenheit gibt, in seinem Geiste fortzufahren.

Hintergründe des Schrottkriegs

Schwunghafte USA-Geschäfte mit deutschem Schrott

(PD) Der „Telegraf“ bringt am 25. 8. folgende DPD-Meldung aus Zürich: „Folgende Anzeige ist in der „Neuen Züricher Zeitung“ zu lesen: „Stahlschrott maximal 1,50 mal 50 mal 50 Meter. Monatlich größere Mengen für Export aus Deutschland verfügbar. Preisangebote an „The American international enterprise“ („Das amerikanische Unternehmen“), Kirchnerstraße 13, Frankfurt, erbeten.“

Streit um die Schrottpreise

(EB.) Amerikanische Schrottaufkäufer in Westdeutschland werfen den englischen Aufkäufern vor, daß sie mit 7 Pfund 10 Schilling einen zu hohen Preis zahlten. Der Konkurrenzstreit zwischen den anglo-amerikanischen Schrottaufkäufern ist so groß, daß die

Generale Clay und Robertson sich mit dieser Frage beschäftigen müssen. Es ist zu erwarten, daß die JEIA den zwischen der Stahl- und Schrotthandel-GmbH und einer englischen Firma abgeschlossenen Vertrag nicht genehmigen wird.

Strafe für Provokateure

Einer Dena-Meldung zufolge sind die beiden amerikanischen Soldaten Carnicelli und Prescan am Freitag von einem Militärgericht zu je sechs Monaten Zwangsarbeit, zu einer monatlichen Bußzahlung von je 50 Dollar für die Dauer von sechs Monaten und zum Verlust ihres Gefreiten-Dienstgrades verurteilt worden. Sie waren schuldig befunden worden, am 3. Juli vorsätzlich die KPD - Kreisgeschäftsstelle Wiesbaden in Brand gesetzt zu haben.

Presse-Stimmen

Kriegstreiber sind unzufrieden

Das heimliche Deutschland in der sowjetischen Besatzungszone verlangt, daß Berlin nicht nur gehört werde, sondern auch Stimmrecht habe, wo immer es um Deutschland geht. General Clay hat formal-korrekt die Stimmberechtigung der Berliner Deputierten als dem Viermächtestatus Berlins widersprechend bezeichnet.

Es ist Sache der Deutschen, zumindestens den nationalen Willen auszuspähen, daß Berlin Sitz und Stimme haben soll, und es ist Sache der Militärregierungen, wenn sie es tun zu müssen glauben, gegen die Verwirklichung ihr Veto einzulegen. Daß überhaupt von deutscher Seite der Gedanke aufkommen kann, diese Entscheidung von den täglich schwankenden Nachrichten aus Moskau abhängig zu machen, zeugt von einer Verkennung der Zusammenhänge und von einer falschen Einordnung der Werte, die man jetzt nicht mehr für möglich gehalten hätte.

Der Tagesspiegel vom 31. 8. 1948. Das heutige Treffen der vier Militärgouverneure wurde nicht überall in Berlin als gute Nachricht begrüßt. Tatsache ist, daß die westlichen Alliierten in einigen Kreisen dadurch beträchtlich an Prestige verloren haben, daß sie hier Diskussionen zustimmten, solange die Blockade noch andauert.

New York Herald Trib. vom 2. 9. 1948.

Mahnung an Parteigenossen Erhard Ein süddeutscher Politiker, der stellvertretende Landesvorsitzende der CDU in

Württemberg, Bausch, bemerkte in einer Behandlung des Preisproblems kürzlich: „Ein Staat, der seinem Volk nicht ein gewisses Minimum an Nahrung, Kleidung und Wohnung zu Preisen sichert, die in einem angemessenen Verhältnis zum Lohn stehen, hat keine Existenzberechtigung.“ Handelsblatt, Düsseldorf, vom 31. August 1948.

Neue Preissteigerungen?

Reichsminister a. D. Hermes forderte im Interesse der landwirtschaftlichen Produktionskräfte eine Preissteigerung. Ein Doppelzentner Weizen soll danach statt 10 DM 25 DM kosten, Roggen und Gerste 26 DM und 25 DM und ein Doppelzentner Schweine- und Rindfleisch 107 DM.

Freiheit, Düsseldorf, v. 31. 8. 1948.

Alles wegen 7000 Aufständischen?

Generalleutnant van Fleet, der Chef der amerikanischen Militärmission, kündigte am Samstag in einer Pressekonferenz die Absetzung des Kommandos der 15. griechischen Division, Generalmajor Demetrios Liaos, an. Dieser habe sich als unfähig erwiesen, die Zange an der albanischen Grenze zu schließen und so 5000 Mann der Markos-Verbände das Entkommen ermöglicht. Auch in verschiedenen anderen Kommandostellen würden Veränderungen erfolgen. Die Absetzung des Kommandeurs des 2. Armeekorps, Generalleutnant Panos Kalegeropoulos, habe sich als notwendig erwiesen, da dieser zu sehr „auf Verteidigung eingestellt“ sei. Er schätze die Zahl der noch in Griechenland befindlichen Aufständischen auf etwa 7000. „Frankf. Rundschau“ vom 30. 8. 1948.

Der Sprung ins Nichts

Der lizenzierte Diktator Dr. Knorr in der „Grenzsituation“

Die Gewerkschaft hat nun das Wort

(EB) Es ist wohl angebracht, wenn man die gegenwärtige Lage des diktatorlüsternen Dr. Knorr im kalten Krieg um die „Rhein-Neckar-Zeitung“ im Sinne des inzwischen nach der Schweiz verflüchtigen Heidelberger Kirchenvaters des deutschen Existenzialismus, Karl Jaspers, als „Grenzsituation“ bezeichnet. Eine Grenzsituation ist es, in der sich der Mächtigen-Diktator Dr. Knorr befindet, eine Situation, in der es um Sein oder Nichtsein, oder, um nicht in den kleinbürgerlich-geschraubten RNZ-Stil zu verfallen, ganz einfach „um die Wurst“ geht. Der „große Bruder“ ist zwar Dr. Knorr'n zu Hilfe geeilt und hat gerade zur rechten Zeit den bösen Prof. Dr. Agricola hinauskomplimentiert, obwohl er ihn, den letzten kommunistischen Lizenzträger in der ganzen amerikanischen Zone, vielleicht doch gerne einige Zeit als quasi-„Renommierkommunisten“ und Kronzeugen für die ach so demokratische Pressefreiheit behalten hätte. Aber Prof. Dr. Agricola hatte bereits am 23. August, wie aus dem in unserer

letzten Nummer veröffentlichten Schreiben und Telegramm hervorgeht, seine Lizenz unter Protest niedergelegt, und gab am vergangenen Sonntag in einem durch den Berliner Rundfunk übertragenen Interview eingehende Erklärungen über den Lizenzentzug, welche die Begründungen der amerikanischen Militärregierung als äußerst schwach erscheinen lassen.

Diktator Knorr wütet inzwischen weiter. Nachdem der Betriebsratsvorsitzende und Redakteur Maibaum Anzeige gegen ihn wegen Verletzung des Briefgeheimnisses erstattet hatte, entließ er ihn Knall auf Fall und gab Anweisung, ihn am weiteren Betreten des RNZ-Gebäudes zu hindern. Dr. Knorr, der es ja bekanntlich mit dem Briefgeheimnis nicht allzu genau nimmt, scheint sogar die Wahrheit vergewaltigen und seinen Diktaturbestrebungen unterordnen zu wollen. Wie uns die Gewerkschaft in Heidelberg mitteilte, trifft nämlich die in der RNZ veröffentlichte Erklärung, daß die Gewerkschaft mit den Entlassungen einverstanden sei, absolut nicht zu.

Zum großen Leidwesen von Herrn Dr. Knorr hat nun auch die Junge Union, Heidelberg, deren Vorsitzender der entlassene Betriebsratsvorsitzende Maibaum ist, in einem in Massenaufgabe vertriebenen vierselligen Flugblatt höchst unangenehme Fragen an ihn gestellt. Man wird gespannt sein dürfen, was Dr. Knorr darauf zu antworten hat. Besonders peinlich dürfte eine Reihe von Knorr-Zitaten aus früheren Jahrgängen der RNZ sein. Aus ihnen ist nämlich klar ersichtlich, daß er, entgegen seiner kürzlichen Erklärung, er bedanke sich dafür, die Rolle Vierlingers zu spielen, doch ein eifriges einschlägiges Rollenstudium betrieben hat.

Der Lizenzdiktator Knorr in der Grenzsituation. Wie wird er mit seiner neuen Rolle fertig werden? Das entscheidende Wort werden wohl die Belegschaft, der Betriebsrat und die Gewerkschaften zu sprechen haben, und das Beispiel der „Kasseler Neuesten Nachrichten“ beweist, daß man auch bei der geheiligten Institution der Lizenzpresse eine deutliche Sprache sprechen kann. Dr. Knorr hat nur zwei Wege, um dieser Grenzsituation zu entkommen. Entweder er kapituliert und stellt den Betriebsratsvorsitzenden bedingungslos wieder ein, oder er fährt in blinder Hybris fort zu wüten und kann dann der entsprechenden Antwort der Belegschaft und der Gewerkschaft sicher sein. Beide Wege aber bedeuten für Dr. Knorr als Lizenzträger den Sprung ins Nichts.

Das Karussell — auf unsere Kosten

Die „Westdeutsche Rundschau“ (Nr. 83) in Wuppertal kennzeichnet die französischen Methoden der Ausplünderung Deutschlands, das gezwungen wird, sein eigenes Holz mit Dollars zu kaufen.

„Die deutsche Papierindustrie verhandelt gegenwärtig mit Schweizer Firmen über den Einkauf großer Mengen für die Papierverarbeitung geeigneten Holzes. Wie verlautet, ist dieses Holz, das in Dollar bezahlt werden muß, in der französischen Zone geschlagen und von dort in die Schweiz verkauft worden. Dieses Karussell geht wahrlich rund herum — leider aber auf unsere Kosten. Manchmal hat man im heutigen Deutschland den Eindruck, man lebe und bezahle einen richtigen Kriminalroman. Plötzlich und unerwartet taucht ein Täter auf, an dem man im Augenblick gar nicht gedacht hat. Immerhin — die Dinge kommen ans Tageslicht, wenn auch manchmal nur durch Zufall.“

Kommunistisches Manifest und Kirche

Um den heutigen Sozialisten und Kommunisten Genüge zu tun und um von einer sozialen Unordnung zu einer sozialen Ordnung zu kommen, müsse man Erkenntnisse finden, wie sie seinerzeit in ganz anderer Art etwa von Marx und Engels im Kommunistischen Manifest im Jahre 1848 gefunden und wirklich mitreißend formuliert worden seien. Eine Botschaft an die Menschheit müsse geprägt werden, so einleuchtend und so eindeutig, daß jeder von deren Wahrheit und Ernst gepackt würde.

Prof. Barth (Basel) auf der Weltkirchenkonferenz. „Neue Zeitung“ vom 28. 8. 1948.

UNTERHALTUNG UND WISSEN

Blickrichtung

Man spricht vom Untergang des Abendlandes und meint „die drohende Gefahr im Osten“.

Man spricht vom Untergange einer Welt

und ließ es sich wer weiß was kosten, behielt man die Klassik und das Geld. Das, was da stirbt, das sind wir nicht. Wir haben Schönheit nie genießen dürfen,

wir konnten nie das Lied der Muse schlürfen,

das Elend ist wahrhaftig kein Gedicht. Das alles, was man jetzt beweint, das haben wir noch nie besessen. Bildung und Gnade, schön gerimt, was für die ändern, nach dem Essen. Uns blieb der Hunger stets der treueste Freund.

Der Bürger stirbt! Und mit ihm seine Welt.

Er blickt, um Hilfe rufend, nach dem Westen.

Doch seine Sonne sinkt:

Es ist nicht unser Haus, das da zusammenfällt.

Wir schielen nicht nach seinen faulen Resten.

Wir blicken dorthin, wo der Morgen winkt,

und wo die Arbeit herrscht und nicht das Geld.

Günther Hillmann

Kommunismus als Gerichtsschreck

(DFP) New York. Um die seiner geschiedenen Frau zugesprochene zweijährige Tochter aus erster Ehe in seine Gewalt zu bekommen, bediente sich Edmond Kokalas in Johnson City einer augenblicklich in Amerika sehr zeitgemäßen Beschuldigung — er erklärte, daß die Mutter des Kindes mit dem Kommunismus sympathisierte und daher für die Erziehung eines Kindes ungeeignet sei. Die Klage auf Entziehung der Vormundschaft wurde jedoch abgewiesen, weil es Kokalas nicht gelang, seine Behauptung zu beweisen. Wäre der Nachweis gelungen, erklärte der über siebzig Jahre alte Richter, hätte er keinen Augenblick gezögert, der Mutter die Erziehungsberechtigung zu entziehen.

Bigamistin wider Willen

(DFP) Weil sämtliche Behörden der amerikanischen Zone ihr und ihrem neugeborenen Kind Aufenthaltserlaubnis und Lebensmittelkarten brutal verweigerten, heiratete die 30jährige Sängerin Jutta Heinrich in Karlsruhe einen Kommunalbeamten, obgleich sie bereits verheiratet war. Ihr Mann befand sich in Kriegsgefangenschaft und hatte sich bereit erklärt, sich nach seiner Rückkehr scheiden zu lassen. Nach vollzogener Heirat zeigten sich die Bigamisten selbst an und begründeten dann vor Gericht ihren Schritt damit, daß es ein größeres Verbrechen sei, ein Kind verhungern zu lassen, als in Doppellehe zu leben. Nichtsdestoweniger wurde Jutta Heinrich mit sieben und ihr falscher Ehemann mit sechs Monaten Gefängnis bestraft.

Eiserner Vorhang über dem Atlantik

Einreise nach USA für Dekan von Canterbury verweigert — Ein schwerer Schlag für die westliche Demokratie

Ehrwürden Dr. H. Johnson, der Dekan von Canterbury, welcher am Intellektuellen-Weltkongreß in Breslau teilnahm, war von der „Gesellschaft für amerikanisch-sowjetische Freundschaft“ zu einem Besuch nach USA eingeladen worden. Die Einreise wurde ihm jedoch verweigert, und sein Gesuch zurückgewiesen. „Ich bin sehr traurig“, erklärte Ehrwürden Dr. Johnson dem Londoner Vertreter der „New York Herald Tribune“, „weil ich von ganzem Herzen die Freundschaft zwischen Amerika und Rußland wünsche. Das bedeutet, daß ich über etwas nicht sprechen darf, das meinem Herzen sehr teuer ist.“

Ehrwürden Dr. Johnson, der schon 74 Jahre alt ist, weilte vor zwei Jahren in Amerika, wo er mit Präsident Truman, mit Henri Wallace und dem inzwischen verstorbenen früheren Bürgermeister von New York, La Guardia, eingehende Unterredungen hatte. Er hat viele Reisen in der ganzen Welt unternommen und wird in England wegen seiner Sympathien für den Kommunismus und seiner Bemühungen, bessere Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten zu schaffen, als der „rote Dekan“ bezeichnet.

Dr. Johnson sagte: „Amerika hat sich furchtbar verändert. Das Land war einst Rußland nicht feindlich gesinnt. Nun scheint dort eine beabsichtigte Gegnerschaft zu bestehen...“

Amerika war stolz darauf, die Freiheit der Presse und die Freiheit der Rede zu verteidigen. Jetzt bin ich dessen nicht mehr so sicher.

... Dies ist ein schwerer Schlag für die westliche Demokratie. Ich hatte keinerlei Schwierigkeiten, nach Osteuropa zu kommen. Niemals zuvor wurde mir die Einreise in irgend ein Land, sei es China, Tibet oder Rußland oder irgend ein anderes, verweigert. In Osteuropa gibt es keinen eisernen Vorhang. Er scheint mir in Fleet-Street (London) und über dem Atlantik zu sein.

Der einzige Grund, warum ich wünschte, diese Amerikareise zu machen, war, um dem Volk über meine Acht-Wochen-Reise durch Osteuropa im letzten Herbst zu erzählen. Ich reise nur, um gegenseitiges Verständnis zu schaffen.“

Das Ultimatum der Ehefrauen

(DFP) Tokio. Mit dem außerhäuslichen Treiben ihrer Männer nicht einverstanden Ehefrauen in Ichinosaki stellten den Herumtreibern ein Ultimatum, das die neu gewonnene Selbständigkeit der japanischen Frau illustriert. Das Ultimatum hatte drei Punkte: die Ehemänner müssen sich vor 6 Uhr abends zu Hause einfinden; sie müssen sich verpflichten, außerhalb des Hauses täglich nicht mehr als eine Flasche Reiswein zu konsumieren; drittens dürfen sie ihre Frauen nicht mehr mit „Oi!“ (komm' her, du!) anreden.

USA-Intellektuelle haben Furcht

Der amerikanische Schriftsteller Albert E. Kahn, der auf dem Weltkongreß der Intellektuellen in Breslau eine sensationelle Rede hielt, erklärte laut „New York Herald Tribune“ in Paris, daß er sicher sei, „daß es eine ganze Zahl führender Intellektueller in den Vereinigten Staaten gibt, welche zögerten, zu dem Kongreß nach Polen zu kommen, aus Furcht von gewissen Agenturen in Amerika, wie dem „Komitee für unamerikanische Betätigung“ als unamerikanisch gebrandmarkt zu enenuT ArbeituParennDiskonz?W er

Der Schriftsteller Kahn wurde besonders bekannt als Mitverfasser des bellers „Sabotage“, einer Schilderung von faschistischen Intrigen in USA, die im Jahre 1942 erschienen.

Ilja Ehrenburg:

„Uns gehört der Morgen“

Der sowjetische Schriftsteller Ilja Ehrenburg sagte in seiner Rede auf dem Weltkongreß der Intellektuellen:

Ich glaube, es ist eine der wichtigsten Aufgaben der fortschrittlichen Intellektuellen, diejenigen bloßzustellen, die von einer „Verteidigung der westlichen Kultur“ reden, während sie sich für den Krieg vorbeigen. Diese Herren glauben, wie Hitler, daß die westliche Kultur gegen die Sowjetunion verteidigt werden müsse, manche nennen es die europäische Kultur, andere haben sogar eine atlantische Kultur entdeckt.

Gestatten Sie mir, bei dem Begriff der westlichen Kultur zu verweilen. Kann sie der russischen oder sowjetischen Kultur entgegengesetzt sein? Historisch gesehen wäre das absurd. War nicht Maxim Gorki ein Freund und Lehrer westeuropäischer und amerikanischer Schriftsteller? Man sagt, Dichtung lasse sich nicht übersetzen, aber Majakowskis Verse haben die Dichter in Europa und Amerika inspiriert, die sowjetischen Filme haben überall die moderne Filmkunst beeinflusst. Wenn aber die Imperialisten vom Westen sprechen, dann meinen sie die Welt des Dollars, der Kriegshysterie und der unbegrenzten Gewinne.

Wir müssen allen ehrlichen Geistes-schaffenden sagen, daß es im Kampf zwischen Licht und Dunkel, Wissen und Unwissenheit, im Kampf zwischen Verbrüderung und dem Kriege keine Neutralität geben kann. Die Kultur selbst ist bedroht! Nicht die westliche oder die östliche Kultur, sondern die menschliche Kultur.

Das „Kapital“ in Blindenschrift

(Rdfk.) Der erste Band von Karl Marx „Kapital“ ist von der „deutschen Zentralbibliothek der Blinden“ in Leipzig in Blindenschrift übertragen worden. Das Werk umfaßt 24 Bände. Die Bibliothek, der eine Druckerei angeschlossen ist, brachte schon eine ganze Reihe von Werken der sozialistischen Literatur, u. a. von Engels, Lenin und August Bebel, heraus.

Studium des Marxismus unerlässlich

Man hatte bei der Donaukonferenz manchmal den Eindruck, daß es gut wäre, wenn sich unsere Diplomaten, bevor sie auf internationale Konferenzen gehen, vorher eine gute Grundlage in marxistisch-leninistisch-stalinistischer Dialektik aneigneten, um die Russen gelegentlich auf ihrer eigenen Grundlage begegnen zu können. Denn die Russen haben die Gewohnheit, auf internationalen Konferenzen über den Marxismus zu reden, gerade so, als ob sie irgend eine Geheimwaffe besäßen.

„Manchester Guardian weekly“ vom 28. 8. 1948.

Ich bin kein Chauvinist, ich weiß, daß Amerika bewunderswerte Wissenschaftler, Schriftsteller und Architekten hat, aber nicht sie, sondern die schlimmsten Vertreter der Halbzivisation führen die Invasion Europas. Die Yankees ergreifen mit Kriminalromanen und Gangsterfilmen von Westeuropa Besitz — nicht mit Albert Einstein, Howard Fast, Charlie Chaplin oder Ernest Hemingway. Es ist ebenso sinnlos, uns der Einmischung in fremde Angelegenheiten zu bezichtigen, wie dem Golfstrom vorzuwerfen, daß er sich in das Wirtschaftsleben Norwegens und Dänemarks einmische. Unsere Existenz hat das geistige Klima der Welt verändert, darum wird es das Leben auch der fernsten Nationen beeinflussen. Wenn ein Drittel des französischen oder italienischen Volkes für die Kommunisten stimmt, so geschieht das nicht, weil wir sie etwa einschüchtern oder bestechen — sondern weil heute selbst die Analphabeten wissen, was Stalingrad bedeutet und wer Stalin ist.

Keine Stunde mehr darf verloren gehen. Laßt unsere Versammlung zum Beginn einer neuen Ära werden. Ich erinnere mich, daß vor zehn Jahren ein spanischer republikanischer Soldat zu mir sagte: „Der Sieg wird unser sein, weil der Morgen uns gehört.“ Spanien liegt noch in Ketten, aber jeder Soldat hat recht gehabt: Wir, das Volk des Friedens, der Brüderlichkeit und der Arbeit, werden siegen, weil uns der Morgen gehört.

Pablo Neruda: Dichter und Freiheitskämpfer

Im letzten Jahr besuchte der auch bei uns bekannte chilenische Dichter Pablo Neruda Buenos Aires, um mit seinen Verlegern über eine Neuauflage seiner Gedichte zu verhandeln. Kaum war bekannt geworden, daß Neruda in der Stadt wäre, als auch schon einige seiner zahlreichen Bewunderer ein öffentliches Bankett für ihn veranstalteten. Ueber tausend Intellektuelle trafen sich an den festlich gedeckten Tischen, die hervorragendsten Vertreter des argentinischen Kulturlebens waren anwesend. Es herrschte eine echt südländische Stimmung, und es wurden, wie immer bei derartigen Anlässen, viele Reden gehalten. Pablo Neruda war offensichtlich überrascht, daß seine Gedichte eine so zahlreiche und auserwählte Schar zusammenzuführen vermochten. Von seinen Freunden aufgefordert, nahm er selbst das Wort. Es wurde still im Saal, alle warteten gespannt auf das, was der Dichter sagen würde. Dieser zog die Uhr aus der Tasche, sah auf sie und begann zögernd: „Ich bin sehr froh darüber, daß ich so viele Freunde in Buenos Aires gefunden habe, obgleich ich annehme, daß die vielen Ehrungen, die mir zuteil wurden, nicht mir al-

lein, sondern allen Intellektuellen meines lieben Vaterlandes gelten. Leider kann ich mich nicht lange hier aufhalten, um Mitternacht muß ich nach Santiago de Chile zurückfahren. Vielleicht haben Sie in den Zeitungen gelesen, daß unser Staatspräsident das Parlament einberufen hat und außerordentliche Vollmachten von diesem fordert. Der Präsident will den Reichtum unseres Landes an nordamerikanische Interessen verkaufen; um seinen Verrat der öffentlichen Kritik zu entziehen, will er das Parlament mitverantwortlich machen. Vielleicht ist einigen von Ihnen bekannt, daß bei der letzten Wahl die Grubenarbeiter meiner Heimatstadt Antofagasta mich unter meinem bürgerlichen Namen Nefatal Reyes als ihren Vertreter gewählt haben. Als ich zu Hause war, kamen einige der Aermsten meiner Landsleute zu mir und sagten: „Du kannst schreiben und du sprichst gut. Du kennst unsere Not. Du sollst für unsere Rechte kämpfen. Wir wollen dich zum Senator wählen. Dann muß man unsere Stimme in Santiago hören.“ Jetzt will ich Ihnen auch berichten, wie meine Landsleute in Antofagasta leben. Dann werden Sie ver-

stehen, warum ich den Auftrag nicht ablehnen konnte und warum ich im Kampf für die Rechte meiner Landsleute Kommunist geworden bin.“

Im Saale herrschte eine beklemmende Stille. Keiner hatte diese Worte erwartet. Aber jetzt gab der Dichter einen sachlichen Bericht über die Löhne und Lebenshaltungskosten, über Wohnungselend, Tuberkulose und Kindersterblichkeit. Er schilderte, wie die Wallstreet sich die Reichtümer seines Landes aneignet, wie die Gewinne in die Vereinigten Staaten gehen und wie das chilenische Volk hungert und Not leidet. Neruda schloß seine Ansprache mit den Worten: „Alles das mußte ich Ihnen sagen, damit Sie verstehen, daß ich nicht länger bei Ihnen bleiben kann. Sie werden mir recht geben, daß es meine Pflicht ist, mich im Senat einzufinden und meine Stimme abzugeben gegen den Versuch des Präsidenten, uns zu versklaven. Meine Landsleute, die Grubenarbeiter von Antofagasta haben das Recht, meine Anwesenheit zu fordern.“

Der Dichter setzte sich, es war totensstill im Saal. Dann hörte man vereinzeltes Klatschen, das bald in einen orkanartigen Beifall überging. Doch galt der Beifall nicht dem Dichter Neruda, sondern dem Menschen, der so unerwartet seine Größe gezeigt hatte.

In derselben Nacht fuhr Neruda nach Santiago. Obgleich die Kommunisten dagegen stimmten, erhielt der Präsident die Vollmacht. Pablo Neruda reiste im ganzen Land umher und erhob gegen den Präsidenten die Anklage des Verrats. Der Präsident verklagte ihn wegen Beleidigung. Um ihn verhaften lassen zu können, verlangte er die Aufhebung der Immunität Nerudas als Senator. Nach langen Beratungen beschloß das Parlament, dem Wunsch des Präsidenten nachzukommen, aber der Senatsvorsitzende, Dr. Arturo Alessandri, einer der angesehensten Männer Chiles, legte seinen Posten nieder aus Protest gegen diesen Beschluß.

Pablo Neruda wurde von der Polizei gesucht, die ihn daran hindern wollte, das Land zu verlassen. Es glückte ihm jedoch, in der mexikanischen Botschaft Asyl zu finden. Das war der Anlaß zu einem Notenaustausch zwischen den Regierungen Chiles und Mexikos. Und seit dem festlichen Abend in Buenos Aires erscheint der Name Pablo Nerudas so gut wie täglich in den südamerikanischen Zeitungen. Er ist Symbol des Freiheitswillens und der Vaterlandsliebe des chilenischen Volkes geworden und gleichzeitig sein Gewissen.



Um den Personalabbau

Debatte im Mannheimer Stadtrat — KPD schützt die Kleinen

(EB) Eine beanstandete Offenlage, welche die Wiedereinstellung von einigen Dutzend entnazifizierter Pgs zum Gegenstand hatte, wurde zum Anlaß einer eingehenden Debatte in der Mannheimer Stadtratssitzung vom 2. September. Stadtrat Sommer, SPD, erklärte sehr richtig, daß man sich in dem Augenblick, in welchem die Entlassung von 640 Personen auf der Tagesordnung stehe, doch nicht ausgerechnet mit der Wiedereinstellung von Pgs. befassen könne. Oberbürgermeister Cahn-Garnier gab bei dieser Gelegenheit bekannt, daß bei der Stadt Mannheim seit 1945 insgesamt 2145 Personen auf Grund der Entnazifizierung entlassen wurden, wovon bereits 834 wieder in städtischen Diensten sind und weitere 70 ihren Ruhegehalt beziehen. Nur bei 123 Personen wurde eine Wiedereinstellung abgelehnt. In den restlichen Fällen stehen die Spruchkammerbescheide noch aus.

Für die Kommunistische Fraktion ergriffen Stadtrat Kunz und Frau Stadtrat Langendorf das Wort, um Einspruch zu erheben gegen die Bezeichnung der zur Entlassung Kommenden als leistungsschwach und gegen die nazistische Verdrehung des Begriffes Doppel-

verdiener. Eine Reihe von Sprechern, und auch Oberbürgermeister Dr. Cahn-Garnier, räumten ein, daß die Motivierung von Entlassungen mit Leistungsschwäche starke Gefahr in sich birge, und daß unter die Kategorie der Doppelverdiener unter keinen Umständen kleine Leute eingereiht werden können. Lediglich Stadtrat Meier (SPD) glaubte in völliger Verwirrung der Tatsachen gegen eine Veröffentlichung in der letzten Nummer des „Badischen Volksecho“ polemisieren zu müssen, worin wir festgestellt hatten, daß die Kommunistische Partei und ihre Stadtratsfraktion gegen jegliche Entlassungskämpfe werden, die sich zugunsten der oberen Bürokratie ausschließen gegen die kleinen Leute richten sollte. Stadtrat Meier wird uns doch bestimmt recht geben, wenn wir der Ansicht sind, daß der aufgeblähte Bürokratenapparat nicht unten, sondern gerade oben am augenfälligsten in Erscheinung tritt. Wir glauben aber Anlaß zu der Befürchtung zu haben, daß man gerade unten anfangen will zu entlassen. Denken wir daran, wenn der Sparausschuß seine Tätigkeit soweit abgeschlossen haben wird, daß er in der Lage ist, dem Stadtrat seine Entlassungsvorschläge zu unterbreiten.

Das Kartoffelmanöver der Mannheimer SPD.

Die Mannheimer SPD führte am Montagnachmittag auf dem Marktplatz Mannheim eine von etwa 2000 Leuten besuchte Versammlung durch, die unter dem Motto „Kartoffel sind billiger“ nichts anderes bezwecken sollte, als die Bevölkerung, die mit Recht empört ist über die hohen Preise und die geringen Löhne, von den wahren Ursachen und Hintergründen der Tendenz abzulenken.

Jetzt fordert die SPD Erzeuger und Händler auf, billiger zu verkaufen. Sie hätte sich das bereits vor der Währungsreform überlegen sollen, als nämlich ihre Abgeordneten im Wirtschaftsrat der Erhöhung der Kartoffel- und Milchpreise und insbesondere der Festlegung eines Festpreises für Kartoffel gegen die Stimmen der Kommunisten zustimmten. Wenn also der Gewerkschaftssekretär Schweizer auf der SPD-Versammlung die unglückliche Frage stellte, wie kommt Frankfurt a. M. dazu, die Preise zu erhöhen, so kann er die beste Auskunft hierüber von

seinen eigenen Parteigenossen erhalten, die im Wirtschaftsrat daran mitgewirkt haben und im Länderrat den Herren Prof. Ehrhard und Schlange-Schönungen das Vertrauen aussprachen. Hier beim Wirtschaftsrat, bei den Stielen, von denen die Preis- und Hungerdiktate ausgehen, sind die wahren Schuldigen zu suchen. Mit dem vom Kollegen Schweizer propagierten längst überholten Käuferstreik und der Aufforderung, gegebenenfalls weiter zu hungern, ist das wenig zu machen.

Das ganze Kartoffelmanöver der Mannheimer SPD ist eine üble Irreführung der Öffentlichkeit. Jeder weiß, daß der Mensch ja nicht von Kartoffeln allein lebt, sondern daß es noch viele Dinge gibt, die bedeutend teurer sind. Das Kartoffelmanöver der Mannheimer SPD will mit viel Reklamegeschrei nachweisen, daß die SPD die Partei ist, die etwas tut. Sie tut tatsächlich etwas, aber nur, um das andere, das Entscheidende, nicht tun zu müssen.

Rüstungskönig G. Quandt tritt wieder auf den Plan

Das — Mit der Restaurierung des Kapitalismus unter amerikanischer und englischer Protektion treten einer nach dem andern die Finanziers und Rüstungslieferanten des Wilhelminischen und Nazireiches erneut in Erscheinung. So auch bei den Karlsruher Industrierwerken, vormals Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken. Es ist nur zu wenig bekannt, welche bedeutende Rolle dieses Werk mit seinen zahlreichen Verflechtungen für die deutsche Aufrüstung und Kriegführung von 1897 bis 1918 und dann wieder nach der Machtergreifung durch die Nazis spielte. Ihre Spezialität war die Erzeugung von Munition, automatischen Munitionsmaschinen, Maschinengewehre und Granathülsen für großkalibrige Geschütze.

Nur einige Zahlen seien genannt, die den Umfang der menschen- und wertezerstörenden Produktion charakterisieren, die in Karlsruhe und den Zweigbetrieben die Werkstätten verließ. Vom 1. August 1914 bis November 1918 wurden 930 000 Gewehre, 680 000 Pistolen, 58 000 Maschinengewehre, 4 Milliarden Infanteriepatronen, 22 Millionen Geschosshülsen und 500 Millionen Zündhütchen neben anderem Kriegsgüter für Armee und Marine geliefert.

1918 war es vorläufig mit der Herrlichkeit zu Ende, aus dem in Blut und Tränen getauchten Europa riesige Millionengewinne herauszuholen. Aber der Optimismus der industriellen Kriegstreiber der DWM, gestützt auf eine Scheinrevolution, die den Profiteuren des Krieges ihre Machtpositionen beließ, war gerechtfertigt. Sie sabotierten die Abrüstung, versteckten und verlagerten die Munitionsmaschinen und arbeiteten in den Laboratorien weiter an der Entwicklung vervollkommener, noch grausamerer

Massenmordwerkzeuge. Sie genossen dabei den Schutz einer Demokratie, die jeden als Landesverräter verfolgte, der es wagte, die geheime Aufrüstung ans Licht der Öffentlichkeit zu zerren.

Nach der Kapitulation im Jahre 1945 mußten die Rüstungskönige der DWM das Feld verlassen, sie zitterten vor der Abrechnung durch die angegriffenen Nationen und dem deutschen Volk. Sie wußten, daß sie in Karlsruhe, in Berlin, Lübeck und Polen die Verantwortung für das traurige Los und die Mißhandlungen zehntausender aus Rußland, Polen und anderen Ländern zur Zwangsarbeit deportierten Menschen tragen. Aber nichts geschah, um diesen Verbrechern an der Menschheit das Handwerk zu legen. Heute sind wir glücklich so weit, daß der zum Mitläufer erklärte Günther Quandt, Wehrwirtschaftsführer des Dritten Reiches und Aufsichtsratsvorsitzender, als Kapitalgeber des Karlsruher Werkes auftritt und die Aktienmajorität erwerben will. Hinter ihm stehen bereits die noch auf ihre Entnazifizierung wartenden Direktoren und leitenden Ingenieure, die mit ihm erneut Einzug halten wollen.

Günther Quandt schrieb am 8. Mai 1939 in einem Vorwort zur Betriebsgeschichte der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken: „Nicht geringer Anstrengungen bedurfte es, in den Jahren des Niedergangs (Weimarer Demokratie), die geistigen, wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten des Unternehmens ungeschmälert zu erhalten. So aber war es möglich, im Augenblick der Machtergreifung dem Führer ein Werk zur Verfügung zu stellen, in dem die Herstellung von Heeresgerät in größtem Umfange sofort wieder aufgenommen werden konnte.“ Er und seine Kumpane der Mordtechnik wittern wieder Morgenluft.

Neuer Straßenbahntarif

Schon seit langem weist die kommunistische Stadtratsfraktion in Mannheim darauf hin, daß der Straßenbahntarif einer Aenderung bedarf und hat dieserhalb schon eine Reihe von Anträgen eingebracht. Auf einen erneuten kommunistischen Antrag hin, gegen den insbesondere die CDU opponierte, mußte sich die Straßenbahnverwaltung doch damit beschäftigen, eine Reihe von Vorschlägen auszuarbeiten, die dem Straßenbahnausschuß vorgelegt wurden. Dies geschah nicht ohne einiges Sträuben, denn man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß eine Reihe von leitenden Beamten der Straßenbahn diese als ein Unternehmen betrachten, durch das in erster Linie die Bevölkerung tüchtig gemolken wird, um Geld für den leeren Stadtsäckel zu schaffen und die Fähigkeiten der verantwortlichen Beamten in hellem Licht zu zeigen. Die Straßenbahn ist aber in erster Linie nicht eine Verdienstquelle, wenn sie auch nach dem Grundsatz der größten Rentabilität arbeiten soll, sondern sie ist ein Verkehrsmittel, das der Beförderung der Einwohner dieser Stadt dient. Und die werktätige Bevölkerung Mannheims begrüßt lebhaft den Antrag der Kommunistischen Partei auf Einführung eines sozialeren Personenbeförderungstarifs. Nach dem Vorschlag der Direktion der Verkehrsbetriebe soll dieser folgendes Aussehen haben:

- Unbegrenzte Fahrt ohne Umsteigen DM 0.20.
- Unbegrenzte Fahrt mit einmaligem Umsteigen DM 0.25.
- Unbegrenzte Fahrt mit zweimaligem Umsteigen DM 0.30.

Damit ist zwar nicht die entscheidende Lösung gefunden, aber es sind zumindest die größten Unzulänglichkeiten überwunden, das Stadtzentrum ist von den Vororten aus auch bei Umsteigen mit einem einigermaßen erschwinglichen Preis zu erreichen. Ob nicht auch noch die Einführung eines billigen Teilstreckentarifs erforderlich sein wird, muß die Zukunft beweisen. Die obigen Vorschläge bedürfen noch der Zustimmung des Ludwigshafener und Mannheimer Stadtrates.

Bestellungen auf das
„BADISCHE VOLKSECHO“
 nimmt jedes Postamt und
 jeder Briefträger entgegen!

Endlich

Der Omnibusverkehr zwischen der Endstation der Linie 3 und der Speckwegsiedlung wurde diese Woche endlich wieder aufgenommen. Bei gleicher Gelegenheit wurde auch die Omnibuslinie Gartenstadt nach der Siedlung Eichwald verlängert. Ein kleiner Schönheitsfehler ist dabei allerdings noch zu beseitigen und wir zweifeln nicht, daß die Stadtverwaltung unsere Anregung aufgreifen wird. Während man mit einem im Omnibus gelösten Fahrausweis auf die Straßenbahn umsteigen kann, ist dies von Omnibus zu Omnibus nicht möglich. Die kurze Fahrtstrecke Schönausiedlung — Gartenstadt oder umgekehrt würde daher 40 Pfg. kosten. Eine entsprechende Korrektur würde sich sicher nur zum Vorteil der Straßenbahn auswirken.

Die Bevölkerung der jetzt durch den Omnibusverkehr wieder eng mit der Stadt Mannheim verbundenen Siedlung ist erfreut, daß ihre seit langer Zeit erhobenen Forderungen jetzt endlich erfüllt wurden, und sie weiß der Kommunistischen Partei und ihrer Stadtratsfraktion Dank dafür, daß sie sich so unbeirrbar und entschlossen ihrer Interessen angenommen hat.

Lohnverhandlungen in der Metallindustrie

Wie wir erfahren, finden während der Drucklegung dieser Zeilen Lohnverhandlungen zwischen dem Metallarbeiterverband und den Metallindustriellen statt. Die Forderungen des Metallarbeiterverbandes sind Erhöhung der Löhne um 15 Prozent, da durch die fortwährenden Preissteigerungen die Lohnvereinbarungen vom 9. April überholt sind.

Eine Lohnerhöhung von 15 Prozent wird den stattgefundenen Preissteigerungen bei weitem nicht gerecht. Diese Lohnforderung ist gewiß nicht übertrieben. Die Metallarbeiter dürften sich davon auch nicht das geringste abhandeln lassen, und an den Arbeitern in den Betrieben wird es liegen, daß alle Mittel eingesetzt werden, um diese Lohnforderung durchzusetzen.

Es wird abgebaut

In aller Heimlichkeit haben die Ernährungsämter auf Anweisung des Landwirtschaftsministeriums in Stuttgart mit dem Abbau der Zulagen begonnen. So erhalten eine ganze Reihe von Arbeiterkategorien die Normalarbeiterzulage nicht mehr mit der Begründung, daß ja die Lebensmittelrationen gesteigert worden sind. Von dem Zulagenabbau werden aber nicht nur die sogenannten Normalarbeiter betroffen, sondern auch die Kriegsverwehrteten, die ab 1. September keine Teilschwerarbeiterzulage mehr bekommen, ebenso die Verfolgten des Nazi-regimes. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist auch für die übrigen Arbeiterkategorien der Abbau der Zulagen geplant.

Diese Maßnahmen der Ernährungsbürokratie bedeuten nichts weiter als eine Verschlechterung der Lage der Arbeiter. Bei den geringen Verdiensten ist es unmöglich, durch Einkauf von nicht bewirtschafteten Lebensmitteln Ersatz für die verlorengegangenen Zulagen zu beschaffen. Deshalb sollten sich die Betriebsarbeiter gegen diese ungerechtfertigten Zulagekürzungen rechtzeitig zur Wehr setzen.

Kriegsgefangene gegen Kriegstreiber

Fünf Mannheimer Kriegsgefangene in der Sowjetunion schrieben uns folgende Karte:

„Mit großer Entrüstung vernahmen wir gestern Abend die Nachricht von dem Unglück in Ludwigshafen. Wir wenden uns entschieden dagegen, daß schon wieder Kriegsmaterial hergestellt wird, und fragen uns, ob jene Menschen vom letzten Kriege noch nicht genug haben.“

Ihr könnt versichert sein, daß wir nach unserer Heimkehr in Euern Reihen jede Kriegstreiber bekämpfen werden und nicht eher ruhen, bis ein einheitliches Deutschland zum Wohle aller Werktätigen hergestellt ist.“

5 Unterschriften

12. September 1948 Tag der Kämpfer gegen den Faschismus und der Verfolgten des Naziregimes



Georg Lechleiter

Wir gedenken der Helden der Widerstandsgruppe Lechleiter!

Am 15. September 1942 wurden von den faschistischen Henkern ermordet:

- GEORG LECHLEITER - JAK. FAULHABER - R. LANGENDORF - DANIEL SEIZINGER RUD. MAUS - ANTON KURZ KÄTHE SEITZ - R. SCHMOLL PHILIPP BRUNEMER - MAX WINTERHALTER - A. SEITZ EUGEN SIGRIST - JOHANN KUPKA - LUD. MOLDRZYK

Fünf weitere Kämpfer der Lechleiter-Gruppe wurden am 24. Februar 1943 ermordet. Es waren dies:

- HENRIETTE WAGNER - LUD. NEUSCHWANDER - ALBERT FRITZ - BRUNO RÜFFER RICHARD JATZEK

Kämpfer gegen den Faschismus — Kämpfer für den Frieden

Gedenkfeiern für die Opfer des Naziregimes in Mannheim:

Sonntag, den 12. Sept. 1948: Kranzniederlegung am Grabe der letzten Opfer des Hitlerterrors, 1/10 Uhr, im Hauptfriedhof. Gedenkfeier im Nationaltheater um 11 Uhr. Musik, Rezitation, Ansprache.

in Weinheim:

Gedenkfeier im Apollotheater, 10.30 Uhr. Musik, Gesang und Rezitation.

Zum Gedenktag der Opfer des Faschismus

Deutschland gedenkt am 12. September 1948 mit tiefer Ehrfurcht der Millionen Opfer faschistischer Barbarei. Unermesslich ist die Zahl der Toten, die dem Machtwahnsinn des Hitlerfaschismus in den Ländern Europas zum Opfer fielen, unersetzbar die Verluste an Gut und Blut, die den anderen Völkern zugefügt wurden.

Das deutsche Volk muß heute verantworten, was den anderen Völkern in seinem Namen angetan wurde. Das deutsche Volk bekennt sich an diesem Tage erneut zu seiner Verpflichtung der Wiedergutmachung gegenüber diesen Völkern.

Aber auch Hunderttausende deutscher Sozialisten, Gewerkschaftler, aufrechter Demokraten führten mutig den Kampf gegen den Faschismus und gegen das Monopolkapital, das die faschistischen Mordorganisationen finanzierte.

Die entscheidenden Teile der deutschen Widerstandsgruppen stammten aus der Arbeiterklasse. Das erfüllt uns mit besonderem Stolz und verpflichtet uns, ihren Kampf fortzusetzen.

Es gelang den deutschen Widerstandskämpfern nicht, das deutsche Volk zum Sturz des faschistischen Regimes zu gewinnen. Doch ihr unerschrockener Mut, ihre unerhörten Blutopfer zeigten der Welt, daß es trotz alledem ein antifaschistisches Deutschland gab.

Die Aufnahme der deutschen VVN in die FIAPP, die internationale Organisation der ehemaligen politischen Häftlinge, ist ein deutlicher Beweis für die Anerkennung des Kampfes deutscher Antifaschisten gegen die Hitlerbarbarei. Wir begrüßen darum besonders herzlich die Vertreter der FIAPP und die Delegationen der Länderorganisationen zum Gedenktag der OdF in Berlin.

Die Tatsache, daß dieser Gedenktag unter Anwesenheit von Vertretern der Widerstandskämpfer gegen den Faschismus aller europäischen Länder und großer Delegationen aus allen Gebieten Deutschlands in Berlin, der Hauptstadt Deutschlands, stattfindet, wird zu einem erneuten Bekenntnis für die Einheit einer demokratischen, fortschrittlichen deutschen Republik werden.

Der Kampf um die nationale Einheit ist zugleich ein Kampf gegen jeden Versuch, das deutsche Volk für einen neuen Krieg zu mißbrauchen. Die Helden des antifaschistischen Widerstandskampfes warnen das deutsche Volk vor Hitler, weil sie wußten, der Weg Hitlers führt zum Kriege. Wenn wir am 12. September der Toten gedenken, dann in dem Gelöbnis, ihren Kampf

fortzusetzen, um den Frieden zu erhalten.

Der Frieden kann aber nur erhalten werden, wenn das deutsche Monopolkapital entmachtet wird, wenn es für immer aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung ausgeschieden wird.

Im Gedenken an die Toten, die gegen Hitler kämpften, weil sie dem deutschen Volk den Frieden erhalten wollten, rufen wir das deutsche Volk auf, sich am Ehrentag für die Opfer des Faschismus zu beteiligen und zu kämpfen

gegen Faschismus und Reaktion! gegen Rassenwahn und Rassenhetze! gegen die Spalter Deutschlands! gegen die Militaristen und Kriegstreiber!

für die Einheit der Antifaschisten! für die Einheit Deutschlands! für die internationale Solidarität aller Antifaschisten! für die Freundschaft mit allen fortschrittlichen Völkern der Erde! für einen demokratischen gerechten Frieden!

Berlin, den 1. September 1948

Zentralsekretariat der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

VVN besteht auf Wiedergutmachung

Entschädigung soll beschränkt werden — Renten für Offiziere werden bezahlt

Stuttgart. Die VVN-Landesleitung Württemberg-Baden besitzt zuverlässige Unterlagen, nach denen Versuche im Gange sind, das Wiedergutmachungsgesetz einzuschränken, dessen Verkündung Mitte dieses Monats erwartet wird. Die Landesleitung tritt mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, in der es u. a. heißt:

„Wiedergutmachung ist eine politische und moralische Verpflichtung unserer demokratischen Behörden. Die Verfolgten von Württemberg-Baden

haben insgesamt ungefähr 9000 Jahre Haft verbüßt. Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf wäre dafür eine einmalige Abfindungssumme in Höhe von rund 15 Millionen D-Mark zu erstatten. Wenn wir dem gegenüberstellen, daß sich jetzt der bayerische Staat dazu bereit erklärt hat, jährlich eine Summe von 1 Million D-Mark als Rente an die ehemaligen Offiziere der deutschen Wehrmacht zu bezahlen, dann müssen wir uns energisch gegen jeden Versuch verwehren, die Wiedergutmachung zu sabotieren.“

Die Hauptkräfte des antifaschistischen Kampfes

Die Hauptkräfte der deutschen antifaschistischen Bewegung in der Illegalität waren die sozialistischen Kader. Diese unumstößliche Tatsache kann man an Zahlen beweisen. Von 36 000 Kämpfern gegen den Faschismus aus den fünf Ländern der Sowjetzone gehörten 17 287 (55 Prozent) der Kommunistischen Partei in der Illegalität an, 4875 gehörten der SPD (15,4 Prozent) an, mit anderen Worten: 70,4 Prozent der im Kampf gegen das Naziregime einmal Verhafteten und Verurteilten waren Mitglieder der marxistischen Kader der beiden Arbeiterparteien.

In Hamburg gehörten von 12 119 Verfolgten des Naziregimes 6469 (53,4 Prozent der Kommunistischen Partei in der Illegalität an, 2344 (19,5 Prozent) gehörten der SPD an.

Von 124 000 registrierten Verfolgten des Naziregimes in Süd- und Westdeutschland ergibt sich, daß 81 000 von ihnen Mitglieder der beiden Arbeiterparteien waren, als sie im Kampf gegen den Faschismus standen.

Im Jahre 1930 wurden 9003 Funktionäre illegaler sozialistischer Organisa-

tionen verhaftet. Im Jahre 1940 waren es 8858 und im Jahre 1944 wurden in den ersten sechs Monaten (ohne die Ereignisse des 20. Juli) von 45 000 verhafteten Deutschen 34 954 als Anhänger der kommunistischen oder der sozialdemokratischen Parteigruppen oder der sozialistischen Einheitsbewegung erklärt.

So formt sich ein Bild (allerdings nur im kleinen Ausschnitt) aus dem heroischen Kampfe bedeutender sozialistischer Kräfte, die in ihrer Gesamtheit die antifaschistische Bewegung während der Zeit der faschistischen Diktatur führten.

Um so erstaunlicher ist es, daß bürgerliche Vertreter aus dem Widerstand der letzten Jahre oder Monate gegen die faschistische Herrschaft diese Hauptkräfte des Widerstandes aus dem Lager des Sozialismus einfach verschweigen. Diese typisch bürgerliche Intoleranz hat zweifellos eine besondere Aufgabe zu erfüllen. Es geht darum, die deutsche Widerstandsbewegung gegen das Naziregime ihres fortschrittlichen Charakters und ihrer starken Bindung an die sozialistischen Kräfte zu entkleiden und sie an die Verschwörung des 20. Juli 1944 zu binden.

Wir senken die Fahnen der sozialistischen Einheit vor den Millionen Opfern der faschistischen Barbarei!

Der Weltfriedenskongreß der Kulturschaffenden

Die Intelligenz auf der Seite des Fortschritts — Die besten Geister unserer Zeit für den Frieden

Nur in tendenziöser und verstümmelter und entstellter Form erhalten die Leser der westdeutschen Lizenzpresse Kenntnis von einem der größten Ereignisse seit Kriegsende. Die besten Geister unsere Zeit trafen sich aus allen Teilen der Welt zum Weltfriedenskongreß der Kulturschaffenden und erhoben ihre Stimme für die Wiederherstellung der Einheit der antifaschistischen Weltfront gegen die Rassendiskriminierung, gegen die Geheimhaltung wissenschaftlicher Entdeckungen, für die Aufhebung der Unterdrückung fortschrittlicher Werke, für die Sicherung des Weltfriedens, für die Zusammenarbeit aller fortschrittlichen, schöpferischen und friedliebenden Menschen.

Henry Wallace erklärte in seiner Begrüßungsansprache an den Kongreß, die er als Schallplattenaufnahme übersandt hatte, daß die führenden Intellektuellen, wie auch die überwältigende Mehrheit des amerikanischen Volkes tief beunruhigt seien über die Veränderung in den Beziehungen zwischen den Großmächten, über das allgemeine Gerüde von einem dritten Weltkrieg und über die Pläne, die Or-

ganisation der Vereinigten Nationen zu untergraben.

Prof. Einstein erklärte in seiner Schallplattenansprache, ein neuer Krieg würde Zerstörung in bisher unbekanntem Ausmaß bedeuten. Wer diese furchtbare Gefahr vermeiden wolle, müsse den unbeschränkten nationalen Egoismus unterdrücken.

Der brasilianische Schriftsteller Jorge Amado erklärte, daß seine Stimme ein Echo der Stimmen aller jener sei, die sich in den Gefängnissen befinden oder in der Untergrundbewegung arbeiten und nicht die Möglichkeit haben, sich frei zu äußern. Das wäre das Schicksal aller unabhängig denkenden Menschen, die die brasilianische Kultur repräsentieren.

Professor J. B. S. Haldane (Großbritannien) erklärte vor dem Kongreß: „Die Hauptgefahr eines neuen Krieges kommt von Amerika. Der amerikanische Imperialismus ist eine Realität. Amerikaner kommen über 3000 Meilen, um militärische Basen in England anzulegen. Wenn Sowjetrußland das tun würde, erst dann könne man von einem Sowjetimperialismus sprechen.“

Der französische Publizist Julien Benda sagte: „Der Frieden wird nicht von Regierungen, welche Unwissenheit und Verwirrung verbreiten, erreicht werden, sondern von den Völkern durch Regierungen, die ihren Willen ausdrücken.“

Besonderes Aufsehen erregte die Rede des amerikanischen Schriftstellers Albert E. Kahn, welcher erklärte, es sei natürlich, daß jeder Liebe zu seinem eigenen Land empfinde, „die erste Untertanenpflicht eines freiheitsliebenden Menschen aber gebühre nicht seiner Regierung, sondern der Menschheit als Ganzes.“

„Man muß unterscheiden zwischen uns als dem amerikanischen Volk und der amerikanischen Regierung“, sagte er. Nach dem Tode Roosevelts wurde die Regierungskontrolle in den USA von General Electric, United States Steel, Standard Oil und ihren Angestellten in Washington gewaltsam übernommen. Wir fortschrittliche Amerikaner streben darnach, daß diese von unserem Volk enteignet werden.“

Der Weltkongreß der Intellektuellen errichtete ein „internationales Komitee zur Verteidigung des Friedens, das seinen Sitz in Paris hat. Dem Komitee gehören 21 der namhaftesten Persönlichkeiten aus allen Ländern der Welt an. Der Kongreß nahm vier bedeutungs-

volle Resolutionen an. In einer dieser Resolutionen werden die Vereinten Nationen aufgefordert, die Initiative zu ergreifen zur Beseitigung des Franco-Regimes in Spanien. Eine weitere Resolution wendet sich gegen die faschistische Regierung in Griechenland. Eine dritte Resolution, von amerikanischen Vertretern eingebracht, erhob Protest gegen die Verfolgung des amerikanischen Schriftstellers Howard Fast. Eine vierte Resolution fordert von Amerika die Freilassung des deutschen Schriftstellers Gerhard Eisler, des Bruders des bekannten Komponisten Hans Eisler. Mit der Verkündung eines Manifests gegen den Weltimperialismus und für Frieden, Freiheit und Glück der Menschheit nahm der Kongreß seinen Abschluß. Von 32 amerikanischen Delegierten glaubten nur 9 und von 42 britischen Delegierten nur 7 dem Manifest nicht zustimmen zu können. An die deutschen fortschrittlichen Kräfte richtete der Kongreß einen Gruß, in dem es heißt:

„Wir glauben daran, daß in allen Völkern Menschen guten Willens sind und in diesem Glauben begrüßen wir besonders die Delegation der deutschen Demokraten, begrüßen die Deutschen guten Willens, mit denen wir eine gemeinsame Sprache refunden haben und immer finden werden.“ (Rfk., AP)

Unter der Lupe

Muß das so sein?

Die Klagen über das Fürsorgeamt reißen nicht ab. Inwieweit sind diese Klagen berechtigt? Vielleicht erhalten wir Aufklärung zu folgendem Fall:

Eine Frau mit zwei kleinen Kindern hätte laut Richtlinien 60 Mark monatlich und Bezahlung der Miete zu beanspruchen. Die Frau, deren Mann seit Stalingrad vermißt ist, erhält aber nur 15 Mark für ein Kind und 9 Mark für die Miete. Sie bezieht außerdem für eines ihrer Kinder eine Unfallrente von 43,30 Mark und eine Waisenrente von 8,60 Mark, insgesamt also rund 52 Mark. Laut Bescheid des Vormundschaftsgerichtes muß von dieser Rente dem Kind 30 Mark auf die Bank gestellt werden, so daß praktisch nur 22 Mark zum Lebensunterhalt verbleiben. 24+22 ergibt 46 Mark, das ist der Betrag, von dem die Familie leben und Miete bezahlen soll.

Bereits am 13. August hat sich Frau T. beschwerdeführend an die Stadtverwaltung gewendet. Am 4. September wurde uns auf eine telephonische Anfrage vom Fürsorgeamt mitgeteilt, daß noch kein Bescheid der zuständigen vorgesetzten Behörde da ist.

Wir nehmen an, daß die zuständige städtische Stelle nichts anderes wird verfügen können, als der Frau die ihr wirklich zustehende Unterstützung zu gewähren. Unverständlich ist, daß ein solcher Bescheid wochenlang ausstehen muß und es trägt nicht dazu bei, durch bürokratische Verschleppung das Vertrauen der bedürftigen Unterstützungsempfänger in die Fürsorgebehörden zu stärken.

Bitte nicht verwechseln

Der Betriebsrat des Wach- und Kontrolldienstes, Herrmann Querengässer, Mannheim, E 7, 14, bittet uns um die Feststellung, daß diese Firma mit der von uns wiederholt unter die Lupe genommenen „Sauberen Wach- und Schließgesellschaft“ in der Großen Merzelstraße nichts zu tun hat. Wir kommen dieser Bitte hiermit gern nach. Der Wach- und Kontrolldienst ist laut Mitteilung des Betriebsrates mit den Lohnzahlungen an die Wachmänner trotz größter Schwierigkeiten auf dem Laufenden.

Wenn es dieser Firma möglich ist, ihren Verpflichtungen gegenüber den Wachmännern nachzukommen, dann müßte es auch der Wach- und Schließgesellschaft möglich sein. Da dies aber nicht der Fall ist, muß angenommen werden, daß bei dem Geschäftsführer der Wach- und Schließgesellschaft entweder Unfähigkeit oder böser Wille vorliegt.

Ob das stimmt

Was Herr Frenzels in Stuttgarter Radio, das ist in den „Fränkischen Nachrichten“ Tauberbischofsheim, Herr Ernst Arndt. In jeder Nummer dieser Zeitung kann man auf deren zweiten Seite, besonders eingerahmt, eine Giftpille gegen die Kommunistische Partei oder andere fortschrittliche Kräfte finden. Woher hat Herr Ernst Arndt seine üblichen Weisheiten? Vielleicht teilt er uns gelegentlich mit, ob es stimmt, daß er von 1935 bis zum Zusammenbruch in der nationalsozialistischen Bewegung Mitglied war?

Seine antikommunistischen Tiraden hat er auf alle Fälle der nazistischen Sudelküche entnommen. STS

Keine anständige Partei

Der CDU-Landtagsabgeordnete Wacker von Buchen, der sich in seiner Heimat verschiedentlich nicht immer so benommen hat, wie man es von einem Volksvertreter eigentlich verlangen müßte, erklärte in Königheim in einer CDU-Versammlung, daß die KPD keine anständige Partei sei. Wir glauben, daß Herr Wacker eigentlich vor der eigenen Tür kehren müßte und es wäre interessant zu erfahren, ob er es für anständig hält, daß die Preise in so unverschämter Weise, wie dies gegenwärtig geschieht, in die Höhe getrieben werden. Für diesen Zustand ist ja wohl kaum die KPD aber um so mehr die Partei des Herrn Ehrhard und Wackers, die CDU, verantwortlich zu machen. STS

Zu früh gefreut

In Reicholsheim, im Kreise Tauberbischofsheim, war eine Bürgerversammlung mit Festessen für den Herrn Landrat Schwan und die Herren der Militärregierung geplant. Ein Rehbock

Frenzels der antikommunistische Plattenspieler



(Zu singen nach der Melodie: Das war in Schöneberg, im Monat Mai . . .)

1. Heinz Frenzels, Held der Konjunkturmoral
Zeugt über'n Rundfunk „Enten“, reich an Zahl,
Wobei der Goebbels-Hetzparolen-Mist
Die Grundsubstanz der Frenzels-Schöpfung ist.

2. Er braucht die Schnauze nur, hat kein Gehirn;
Mit hohler, dreister Fritzsche-Frenzels-Stirn
Zieht Platten stets er aus 'nem Repertoire,
Wie das zwölf Jahre lang so üblich war! lux

Herunter mit den Preisen — Herauf mit den Löhnen

Mannheimer Gewerkschaften fordern energische Maßnahmen
Schluß mit der weichen Haltung der Gewerkschaften?

Der erweiterte Ortsausschuß des Mannheimer Gewerkschaftsbundes befaßte sich am 4. September mit der Lohn- und Preisgestaltung. Die Mannheimer Gewerkschaften fordern energische Maßnahmen gegen den Preiswucher. Den Vorständen der Gewerkschaften wird vorgeschlagen, an einem bestimmten Tage in ganz Westdeutschland große gewaltige Kundgebungen der Arbeiterschaft als Protest gegen die jetzigen unhaltbaren Zustände auf dem Gebiete der Wirtschaft durchzuführen.

Die Leitung des Württ.-Badischen Gewerkschaftsbundes wird sich noch im Laufe dieser Woche mit dieser Forderung der Mannheimer Gewerkschaften zu befassen haben.

Die Mehrheit der schaffenden Bevölkerung hat erkannt, daß es so nicht mehr weitergehen kann, sondern daß Entscheidendes geschehen muß. Die Gewerkschaft, gerade weil sie die Macht ist, die entscheidend eingreifen und die Dinge setzen kann, trägt deshalb eine besonders große Verantwortung. Eine Enttäuschung der Massen hätte schwere Folgen. Allgemeine Redensarten und wachsweiße Erklärungen verfehlen ihren Zweck. Es ist jetzt an der Zeit, daß die Gewerkschaften konkrete Vorschläge machen, wie durch entscheidenden Einsatz aller gewerkschaftlichen Mittel auch eine

entscheidende Aenderung herbeigeführt werden kann. Die Massen sind hellhörig geworden. Es läßt sich nicht verheimlichen, daß die arbeitende Bevölkerung bestimmten Gewerkschaftsführern mit Mißtrauen gegenübersteht. Es genügt eben nicht, von den Wucherpreisen zu reden und den Ruf der Massen nach Absetzung Prof. Erhards zu überhören. Es ist mittlerweile bekannt, daß im Frankfurter Länderrat die Parteimitglieder der SPD, welcher auch die Gewerkschaftsspitzen in ihrer Mehrheit angehören, diesem selben Prof. Erhard das Vertrauen aussprechen. Es genügt eben nicht, den Käuferstreik zu proklamieren, der bei dem Warenmangel der Bevölkerung keine Aussicht hat, konsequent und erfolgreich durchgeführt werden zu können. Es genügt nicht, die Diskapanz zwischen Preisen und Löhnen festzustellen und die Forderung der Werktätigen nach entsprechenden Lohnerhöhungen geflüsternd zu überhören. Die arbeitende Bevölkerung erwartet von den Gewerkschaften die Aufgabe ihrer bisherigen enttäuschend weichen Haltung. Die Massen erwarten von den Gewerkschaften, daß sie ihren Ruf nicht überhören, sondern sich ihre Forderung zu eigen machen:

Herunter mit den Preisen — herauf mit den Löhnen!

Karlsruher Wohlfahrtsamt profitiert an der Kopfquote

EB. — Die Sozial- und Kleinrentner und die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger waren nicht wenig enttäuscht, als man ihnen auf der Wohlfahrtsverwaltung erklärte, daß sie für die letzte Kohlenzuteilung den üblichen Zuschuß von 10 DM nicht erhalten und die Kohlen mit der Restkopfquote bezahlen sollen. Jeder weiß, daß die schon immer niedrigen Sätze der Renten und Unterstützungen angesichts der dauernden massiven Preissteigerungen bei weitem nicht mehr selbst für den primitivsten Lebensunterhalt ausreichen. Die Großen kann man nicht packen. Sie treffen heute schon alle Vorbereitungen, um ihre Währungsgewinne und Profite vor dem Zugriff durch den Lastenausgleich zu schützen. Die ganz Kleinen aber, die Aermsten der Armen, sie hat man in der Hand und es bereitet die geringsten Schwierigkeiten, hier Einsparungsmaßnahmen durchzuführen. Man ist in Karlsruhe immer gerne bei der Hand, in Stuttgart und Mannheim noch schlechtere soziale Beispiele dieser Stadtverwaltungen der Karlsruher „Großzügigkeit“ gegenüberzustellen. Mit solchen Spiegelfechtereien kann nicht über die katastrophale Lage der Renten- und Unterstützungsempfänger hinweggetäuscht werden.

sollte bei dieser Gelegenheit das Zeitliche segnen. Der Gemeinderat von Reicholsheim jedoch konnte auf Grund der leeren Gemeindekasse nicht einsehen, daß die Gemeinde für derartige unnütze Es- und Trinkabende das Geld aufbringen soll. Der Gemeinderat hatte richtig gehandelt. Aber wer trinkt jetzt den nach Reicholsheim gebrachten Wein? Wer bezahlt ihn? Vielleicht der Herr Bürgermeister! STS

Hoffentlich ist bei der Leitung der Karlsruher Wohlfahrtsverwaltung noch ein Schimmer von Schamgefühl vorhanden, und dieser Zwangsdiebstahl an den bedauernswertesten Opfern der Entwicklung nach der Währungsreform wieder rückgängig gemacht wird.

Gewerkschaftsarbeit ein Verbrechen?

(EB.) Der Kassierer des FDGB, Paul Müller aus Berlin-Steglitz, wurde von einem amerikanischen Militärgericht mit einer Strafe von 500.— DM belegt, weil er das Verbrechen begangen hatte, FDGB-Mitglieder, deren Kassierung ihm oblag, FDGB-Beitragsmarken verkauft zu haben.

Gleichfalls in Berlin-Steglitz wurde mit 100 DM Strafe belegt das FDGB-Mitglied Alfred Lenski, weil er mit einer Gruppe Bauarbeitern im Auftrag ihrer Gewerkschaftsorganisation, an die sie sich gewendet hatten, eine Besprechung über ihre Differenzen mit ihrem Unternehmer durchgeführt hatte. Die Anklage lautete, eine illegale Versammlung durchgeführt zu haben.

Der 70jährige Unterkassierer des FDGB Paul Laßberg wurde im August 1948 vom amerikanischen Militärgericht in Lichtenfelde zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er für den von allen vier Besatzungsmächten zugelassenen FDGB im amerikanischen Sektor Beiträge kassierte.

Ein Viertel Transportkosten

(EB) Aus einem Bericht der Hamburger Hafennachrichten geht hervor, daß eine Jahreszuteilung im Rahmen des Marshallplanes von 2 Milliarden Dollar rund 500 Millionen Dollar für Ueberseetransportkosten verschlingt.

Meine Meinung

Kartoffel billiger

„Unter dieser Parole berief die SPD Mannheim eine Protestkundgebung auf dem Marktplatz ein. In den an allen Ecken aufgeschlagenen Plakaten schrien dieselben: „Wir schreiten zur Selbsthilfe“. Erwartungsgemäß war diese Mühe und der Plakataufwand nicht erfolgversprechend. Zur Kundgebung selbst: Angstmann sprach, aber nicht in der von den Versammelten erhofften Form, wie die Plakate (Selbsthilfe usw.) besagten, sondern er nahm den Wirtschaftsrat, d. h. seine diesem Rat angehörenden SPD-Mitglieder in Schutz. Von einem Vorwurf gegen diese war nichts zu hören. Ein alter Sozialdemokrat sagte zu mir: „Der Referent heißt nicht umsonst „Angstmann“. Die Ausführungen desselben beanspruchten schon eine große Portion Selbstbeherrschung, aber den Vogel schoß doch der 1. Vorsitzende des ADGB Schweizer ab, indem er das angekündigte Referat auf eine Basis führte, die von jedem Kundgebungsteilnehmer, wenn es nicht SPD-Mitglieder oder SPD-Genießer waren, mit Abscheu aufgenommen werden mußten. Von einem Schoettle oder von seinen ihm nahestehenden Genossen Rechenschaft zu fordern über ihre Tätigkeit, kein Wort.“

J. F., Mannheim

Alle Parteien

mit Ausnahme der Kommunistischen Partei erhielten während der Weimarer Republik beträchtliche Gelder von derselben deutschen Schwerindustrie, die auch Hitler und seine Partei finanzierte. Dies wurde im Thyssen-Prozeß eindeutig festgestellt.

Alle Parteien

mit Ausnahme der Kommunistischen Partei erhielten nach der Währungsreform eine Beihilfe von 5 Pfennig pro Wähler aus öffentlichen Mitteln.

Nur die Kommunistische Partei, welche die Interessen der Millionen Schaffender vertritt, wird getragen von der Solidarität der Schaffenden. Stärkt diese Solidarität, indem ihr durch eure Spende die Partei der Schaffenden unterstützt.

Wer sollte „gerettet“ werden?

(EB) Das Ergebnis der von dem Hannoverschen Hauptquartier des Dr. Schumacher befohlenen Büchsenammlung „Rettet Berlin“ ist immer noch nicht bekannt geworden. Wie hoch waren die Spenden und was geschah mit ihnen? Vielleicht gibt eine Meldung im Berliner „Sozialdemokrat“ vom 14. August einen Hinweis, in der es heißt: „Unter großem Beifall der Funktionäre überbrachten zwei Delegierte der Hamburger Hochbahn- und Straßenbahnbetriebe der Berliner SPD eine Spende von 5964 DM.“ — Statt der „hungrigen Kinder“ Berlins, mit denen man politischen Mißbrauch trieb, wird also die in Schwierigkeiten geratene Berliner SPD gefüttert.

Forderung der Stuttgarter Betriebsräte

Eine Versammlung der Betriebsratsvorsitzenden der Groß-Stuttgarter Betriebe, in der der stellvertretende Präsident des württembergisch-badischen Gewerkschaftsbundes sprach, forderte ein schnelleres und aktiveres Vorgehen gegen die Preispolitik des Frankfurter Wirtschaftsrates und die Abberufung von Dr. Erhard und Schlange-Schönungen. Für die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderung auf Aufhebung des Lohnstopps, Verbraucherhöchstpreise, Preiskontrolle durch die Gewerkschaften und Erhöhung der Löhne wird die Durchführung von Massenkundgebungen verlangt.

Württ./Bad. Gewerkschaftsbund Ortsausschuß Weinheim a. d. B.

Den Kollegen, die die Wormser Bahn benutzen, die Mitteilung, daß die Reichsbahndirektion Frankfurt zugesagt hat, bei der neuen Fahrtenzusammenstellung im Frühjahr ihre Wünsche zu berücksichtigen.

Wenn die neuen Fahrpläne zum 10. Oktober nicht schon im Druck gewesen wären, hätten diese Wünsche jetzt schon Berücksichtigung gefunden.

Der Vorstand.

Das Doppelgesicht der SPD: SPD-Fraktion für aktive Einschaltung der Unternehmerverbände in den staatlichen Wirtschaftsapparat

Von Dr. Alfred Kroth, Mitglied des Wirtschaftsrates

In der Sitzung des Wirtschaftsrates am 31. Aug. 1948 hat es die SPD-Fraktion fertiggebracht, fast ausschließlich mit ihren Stimmen einer Verordnung zur Annahme zu verhelfen, durch die praktische Entwicklung wieder angebahnt wird, die in der Nazizeit die schlimmsten Auswirkungen für die Klein- und Mittelindustrie, für das Handwerk und für die Verbraucherschaft gezeigt hat. Nämlich die mitbestimmende Einschaltung der Industriegruppen und der Unternehmerverbände in den staatlichen Wirtschaftsapparat.

Während jeder fortschrittliche Mensch in Deutschland froh war, daß mit dem Zusammenbruch des Naziregimes auch die Herrschaft einer kleinen Großkapitalisten- und Großindustriellenclique, die offiziell in den Wirtschaftskammern usw. die Kontingente an Rohstoffen verteilte, zu Ende war, blieb es jetzt der SPD vorbehalten, zu einer derartigen faschistischen Spätblüte des Kapitalismus erneuert den Keim zu legen.

Auf Drängen des Zweimächtekontrollamtes hin wurde unter Förderung der CSU-, CDU- und FDP-Fraktionen im Wirtschaftsrat eine Verordnung fertiggestellt, nach welcher die Verteilung der wichtigsten Rohstoffe, wie Eisen, Kohle, Spinnstoffe, Papier, Holz usw. künftig nicht mehr von der Verwaltung für Wirtschaft im Behördenwege vorgenommen werden soll. Nach der genannten Verordnung sollten vielmehr „fachliche Wirtschaftsstellen“ errichtet werden, bei denen die Vertreter der Unternehmerverbände, Industriegruppen usw. praktisch die Verteilung der Kontingente auf die einzelnen Betriebe selbst vornehmen. Es ist klar, daß die Großunternehmerkreise, die im Wirtschaftsrat innerhalb der FDP und CDU in stärkstem Maße vertreten sind, diesen Wiederbeginn einer alten, während der Nazizeit innegehabten Machtposition stärkstens begrüßen. Und es ist weiter klar, daß nach den während der Nazizeit gemachten Erfahrungen die linke, d. h. die SPD und die KPD, diesem Entwurf mit stärkster Ablehnung in den Vorberatungen dieser Verordnung gegenüberstanden. Dabei vertrat die KPD ganz klar die Auffassung, daß es völlig undiskutabel sei, den Unternehmerverbänden innerhalb des staatlichen Wirtschaftsapparates Hoheitsrechte, wie sie die Verteilung von Kontingenten darstellt, zu übertragen. Nicht nur, daß dadurch eine mögliche Beherrschung des staatlichen Wirtschaftsapparates durch die Großindustrie wieder angebahnt wird, würde eine solche Machtposition der Unternehmerverbände nur dazu führen, die Klein- und Mittelbetriebe auf Kosten der in den Unternehmerverbänden maßgebenden Großindustriellen an die Wand zu drücken und ferner früher oder später eine Art Monopolstellung mit folgenden Preissteigerungen gegen-

über der Verbraucherschaft einzunehmen.

Dies ist die Richtung, in die die genannte Verordnung „zur Errichtung fachlicher Wirtschaftsstellen“ früher oder später zwangsläufig führen muß. Mit einigermaßen klarer wirtschaftspolitischer Erkenntnis und im Hinblick auf die während des Nazireiches gemachten Erfahrungen konnte eine derartige Verordnung nur einem kompromißlosen Nein auf Seiten der Vertreter des schaffenden Volkes begegnen. Während nun die KPD-Fraktion diesen ihren ablehnenden Standpunkt im Hinblick auf die gar nicht ernst genug zu nehmenden Gefahren für die Zukunft klar darlegte, glaubte die SPD-Fraktion dieser Gefahr durch das Einbauen einer Bremse begegnen zu können. Die SPD schlug deshalb vor, daß diese fachlichen Wirtschaftsstellen paritätisch mit Vertretern der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände besetzt werden sollten. Wenn ein Wagen in eine falsche Richtung fährt, dann darf man niemals, wenn man sich nicht mitschuldig machen will, mit diesem Wagen fahren — auch dann nicht, wenn man diesen Wagen mit einer Bremse versieht.

Die KPD-Fraktion präziserte daher ihren Standpunkt in der Weise, daß sie kompromißlos gegen die Verordnung stimmte; jedoch für den Fall, daß die Verordnung überhaupt angenommen werden sollte, stimmte sie

Kriegsbeschädigte, Sozialrentner und Hinterbliebene protestieren

Massenkundgebung in Mannheim

(EB) In einer überfüllten Massenkundgebung der Kriegsbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen am Samstag, dem 4. September, im Mannheimer Rosengarten, wurden deren dringlichste Forderungen wie folgt formuliert:

Nichtanrechnung der Kopfquote für Kriegsbeschädigte und Sozialrentner.

Günstigere Abwertung der kleinen Vermögen.

Anpassung der Renten an das Einkommens- und Preisniveau.

Unbedingte Erhaltung der Arbeitsplätze für Körperbeschädigte.

Kein Rentenentzug bei mäßigen Arbeitseinkommen.

Keine Erhöhung der Wohnungsmieten.

Die Hilfe für die Sozialrentner und Kriegsbeschädigten soll im Mittelpunkt der Gesetzgebung stehen.

Der Verband der Körperbeschädigten hatte sich als Redner den Landesvorsitzenden Engelhardt, Heidelberg, und den Sekretär Schweiger aus Stuttgart verpflichtet. Beide Redner wurden während ihrer Ausführungen sehr häufig durch Zwischenrufe unterbrochen, in denen die große Erbitterung dieser Volkskreise zum Ausdruck kam. Durch die Währungsreform ihres letzten Groschens beraubt, und durch die darauf folgende Preissteigerung sind die Kriegsbeschädigten und Sozialrentner in eine unhaltbare Lage gekommen. Engelhardt verwies darauf, daß in der Vergangenheit vor 1933 in Deutschland ein mustergültiges Versorgungsgesetz bestanden habe, und daß es gelte auch in Zukunft wieder zu besseren gesetzlichen Regelungen zu kommen. Er erklärte, daß das Versorgungsgesetz in der Zukunft besser sein wird, wie gegenwärtig. „Wir werden wieder dahinkommen, wo wir vor 30 Jahren waren.“ (Zwischenrufe bis dahin sind wir verhungert). Bei der Erreichung der Renten müsse ein Jahreseinkommen eines Facharbeiters zu Grunde gelegt werden. Für die vielen Hilfsbedürftigen seien ungeheure Summen notwendig, und es wäre eine ernste Frage, wie diese Summen aufgebracht werden sollen. Hier wurde aus der Versammlung heraus auf die Lösung dieser Frage hingewiesen, nämlich Entelgung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher.

Sekretär Schweiger sprach für die Arbeitsinvaliden. Er erwartete und verlangte, daß die Renten erhöht werden. Hoffen wir, so sagte er, daß die kommende Regierung geeignete Maßnahmen ergreift. Die Versammelten allerdings schienen diese Hoffnung nicht zu teilen, was in zahlreichen Zwischen-

selbstverständlich rückhaltlos dafür, daß neben den Unternehmerverbänden paritätisch die Gewerkschaften eingeschaltet werden sollten.

Da nun mit den Stimmen der KPD-Fraktion die Verordnung dahingehend abgeändert wurde, daß Unternehmerverbände und Gewerkschaften gleichberechtigt in den fachlichen Wirtschaftsstellen vertreten sein sollen, war der CSU und FDP die Verordnung in dieser Form nicht mehr schmackhaft. Sie erklärten sich deshalb, weil sie keine Gewerkschaftsvertreter gleichberechtigt neben sich haben wollten, gegen die Verordnung. Statt daß nun jedoch die SPD ebenfalls ihren ursprünglich ablehnenden Standpunkt beibehalten hätte, ihren Standpunkt, der prinzipiell das Eindringen der Unternehmerverbände in die staatliche Wirtschaftsverwaltung mit allen ihren Folgen ablehnte, war die SPD über den errungenen Sieg der Einschaltung der Gewerkschaften so benommen, daß sie zusammen mit dem Zentrum und einigen CSU-Abgeordneten allein es gewesen ist, die dieser reaktionären Verordnung zur Annahme verhalf. Es ist also jetzt der groteske Zustand eingetreten, daß eine ursprünglich von der Rechten eingebrachte Verordnung, deren reaktionärer und gefährlicher Inhalt trotz des Einbaus der Gewerkschaften keinen Augenblick bezweifelt werden kann, gegen die Stimmen ihrer ursprünglichen Befürworter und mit den Stimmen ihrer ursprünglichen Gegner angenommen wurde.

Dieses Beispiel zeigt eindeutig, wohin eine Politik führt, die, nur auf augenblickliche Abstimmungserfolge ausgerichtet, die große politische Konzeption vermissen läßt.

Gefährliche „Präzision“

(PD) Eine Zeitung der westlich „Christlich Demokratischen Union“, die „Südwestdeutsche Volkszeitung“ Freiburg (Br.), sieht sich veranlaßt, die „Präzision“ zu verherrlichen, mit der die Bomben auf die japanischen Städte abgeworfen wurden und diese Präzision als Vorbild für die „Bombardierung“ Berlins von der Luftbrücke aus zu feiern. Sie schreibt am 13. August:

Seit einigen Monaten steht an der Spitze der gesamten amerikanischen Luftflotte in Europa und Nordafrika als ihr Oberkommandierender Generalleutnant Curtis E. LeMay.

Bei der Uebernahme seines Kommandos erhielt er den Auftrag, in dem ihm unterstellten Raum den Bau von neuen Luftstützpunkten zu überwachen und eine allmähliche Verstärkung der amerikanischen Luftstreitkräfte auf allen weit weg von den Staaten nach Osten vorgeschobenen Basen anzustreben.

Die Blockade Berlins stellte ihn vor neue Aufgaben: Er mußte eine Stadt mit Lebensmitteln und Kohle „bombardieren“. Auch das hat er bisher mit der gleichen Präzision ausgeführt, wie einige Jahre zuvor die Bombardierung Japans, die in Hiroshima und Nagasaki ihren grausigen Höhepunkt erreichte.

Zum Ausbau der „nach Osten vorgeschobenen Basen der amerikanischen Luftstreitkräfte“ erfindet man das Märchen von der Blockade Berlins. Die Ladung aber, die von dort nach Berlin befördert wird, könnte eines Tages die gleiche sein, die die japanischen Städte zertrümmerte. Die „Christliche“ Zeitung begeistert sich für die „Präzision“, mit der solche Flüge ausgeführt werden.

Leipzig und Hannover

Während dieser Tage für die Hannoverische Propagandamasche hohe Beträge als verlorene Zuschüsse des Landes bewilligt werden müssen, ist die Leipziger Messe trotz aller Schwierigkeiten, die man insbesondere westdeutschen Ausstellern und Besuchern machte, ein voller Erfolg geworden. Hannover sei im besten Falle eine Totenmesse, so wird erklärt, Leipzig aber eine gesamtdeutsche Messe. Trotz aller Hinderungsversuche sind Tausende westdeutsche Messegäste nach Leipzig gekommen und hierin liegt der beste Beweis, daß die Leipziger Messe ihren Beitrag zum Kampf um die deutsche Einheit liefert.

Ein Beweis für die große Bedeutung und starke Anziehungskraft der Leipziger Messe liefert auch das Auslandsgeschäft, welches stark anzieht. Da es in der Ostzone keine exportbremsende JEIA gibt, fühlt sich das Ausland begreiflicherweise nach Leipzig hingezogen und zieht es vor, seine Einkäufe in der Ostzone zu tätigen. Jeder wird sich noch des holländischen Gemüses erinnern, das in den Westzonen hin- und hergeführt wurde und dann wieder zurückgeschickt werden mußte, weil der Austausch gegen deutsche Industriewaren nicht genehmigt wurde. Die deutschen Industriewaren hätten in diesem Fall keine Dollar für die JEIA, sondern nur Gemüse für die Bevölkerung erbracht. In der Ostzone und auch auf der Leipziger Messe kann das Ausland alle Waren, die es wünscht, entweder im Austausch gegen seine Produkte beziehen, oder dieselben nicht in USA-Dollar, die es nicht hat, sondern in seiner eigenen Währung bezahlen. Auch die Wirtschaft des deutschen Westen sieht, daß in Leipzig nicht nur der Export des deutschen Ostens gefördert wird, Beweis dafür ist, daß das Vielfache der Anzahl an Meldungen eingingen, als wie Platz vorhanden war.

KPD Uns gehört die Zukunft

Das Abgründige in Herrn Stinnes und Jahn

Der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft, Hans Jahn, berichtete vor einigen Tagen, daß er mit dem Sohn des Schwerindustriellen Stinnes, der in Amerika weilt, zusammengetroffen sei. Dieser habe ihm versichert, daß die amerikanischen Kapitalisten an einer starken amerikanischen Gewerkschaftsbewegung interessiert seien. Jahn hoffe, daß diese Götterdämmerung auch bei den deutschen Kapitalisten bald eintreten möge.

Jahn und Stinnes sind keine Nalvinge, sondern ausgekochte amerikanisch konservierte Brüder im Geiste des Kapitalismus. Ihre Wünsche sind die Ankündigung für verstärkte Agitation der AFL in Deutschland und es steht außer Zweifel, daß diese „starke“ Gewerkschaftsbewegung stark in der Antisowjethetze und schwach im Kampfe für die Interessen der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus sein wird.

Wissenschaftler machen nicht mehr mit

New York. (dena-Reuter) Amerikanische Wissenschaftler, die an der Entwicklung des Atom-Energieprogramms teilgenommen haben, übersandten Präsident Truman ein Telegramm, in dem sie die „schmutzigen“ Methoden des Repräsentantenhaus-Ausschusses zur Bekämpfung amerikafindlicher Umtriebe kritisierten.

Viele tüchtige Wissenschaftler seien im Begriffe, aus den Diensten der Regierung auszuscheiden, und der augenblicklich in den Diensten der Regierung stehende Wissenschaftler- und Ingenieurstab werde gefährlich geschwächt.

Herausgeber: KPD Nordbaden, Mannheim, S 3, 10. Verantwortl. für d. Inhalt: Kurt W. Weber, Mannheim, S 3, 10. Tel.-Nr. 432 60. - Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R 1, 4-6. Vertriebe: Nordbadische Zeitungsvertriebs-G.m.b.H., Mannheim, S 3, 10. Mit Genehmigung der Nachrichtenkontrollabteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 25 000.

Wahrheit und Klarheit durch das „Badische Volksecho“

(Ausschneiden und an die Nordbadische Zeitungsvertriebs-GmbH. Mannheim, S 3, 10, senden.)

Ich bestelle hiermit das „Badische Volksecho“ und bitte um Zustellung durch den örtlichen Aussträger.

Preis monatlich DM —,45
und Zustellgebühr DM —,15

Name

Wohnort

Straße

Unterschrift